



Landtag von Baden-Württemberg

109. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 29. Januar 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 12:41 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	6731	Abg. Rainer Hinderer SPD.	6745
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und bei den Schriftführern.	6731, 6773	Abg. Rüdiger Klos AfD	6746
Nachwahl eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat	6731, 6774	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	6747
Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung	6731, 6775	Minister Thomas Strobl	6747
1. Antrag der Fraktion der SPD – Ausübung des Ermessens hinsichtlich einer Duldung für gut integrierte Asylsuchende – Drucksache 16/7435.	6731, 6748	Beschluss	6748
Abg. Andreas Stoch SPD	6732, 6742	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes BW – Drucksache 16/7511.	6749
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	6734	Minister Guido Wolf	6749
Abg. Thomas Blenke CDU	6735, 6743	Abg. Barbara Saebel GRÜNE	6750
Abg. Daniel Rottmann AfD	6736	Abg. Joachim Kößler CDU	6751
Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	6738, 6743	Abg. Nicolas Fink SPD	6752
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6738	Abg. Emil Sänze AfD.	6753
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6739	Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	6753
Minister Thomas Strobl	6740	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6755
Abg. Reinhold Gall SPD (zur Geschäftsordnung)	6743	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6755
Beschluss	6744, 6748	Beschluss	6756
2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Unvereinbarkeit von Bürgermeister- und Beigeordnetenamt und Kreistagsmandat (Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/6725		4. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Ergebnisse der Forschung zur NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien – Drucksache 16/2162.	6756
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/7598.	6744	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	6756
Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE.	6744	Abg. Christine Neumann-Martin CDU	6757
Abg. Ulli Hockenberger CDU	6744	Abg. Ramazan Selcuk SPD	6758
		Abg. Doris Senger AfD	6759
		Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	6760
		Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6760
		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6761
		Ministerin Theresia Bauer	6761
		Beschluss	6763

5. Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Beendigung der EU-Beitrittsgespräche und der EU-Heranhilfen für die Türkei – Drucksache 16/2175	6763	verschiedenen Ausschüssen und bei den Schriftführern	6773
Abg. Emil Sänze AfD	6763, 6771	Anlage 2	
Abg. Josef Frey GRÜNE	6764	Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Nachwahl eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat .	6774
Abg. Fabian Gramling CDU	6765	Anlage 3	
Abg. Sabine Wölfe SPD	6766	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Nachwahl eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat .	6774
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	6768	Anlage 4	
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6769, 6770	Wahlvorschlag der Fraktion der AfD – Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung	6775
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	6769	Anlage 5	
Minister Guido Wolf	6770	Wahlvorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung	6775
Beschluss	6772		
Nächste Sitzung	6772		
Anlage 1			
Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen in			

Protokoll

über die 109. Sitzung vom 29. Januar 2020

Beginn: 9:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 109. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, Herr Abg. Herre, Herr Abg. Palka, Herr Abg. Schwarz sowie Herr Abg. Dr. Weirauch.

Seitens der Regierung haben sich aus dienstlichen Gründen ganztägig entschuldigt Herr Staatssekretär Klenk und Frau Staatssekretärin Schütz.

Außerdem ganztägig entschuldigt sind Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut und Frau Staatsrätin Erler.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt sind Frau Abg. Martin und Frau Abg. Reich-Gutjahr, die Frau Staatssekretärin Schütz auf ihrer Delegationsreise nach Dubai begleiten.

Eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 19. November 2019 – Bericht der Landesregierung zur Evaluation des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes Baden-Württemberg und des Anerkennungsberatungsgesetzes – Drucksache 16/7215

Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Integration

2. Mitteilung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz vom 6. Dezember 2019 – Haushalts- und Wirtschaftsführung des ZDF für die Geschäftsjahre ab 2014, insbesondere unter Aspekten der Nachhaltigkeit – Drucksache 16/7528

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 16. Dezember 2019 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz – 3. HRÄG) – Drucksache 16/7466

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

4. Mitteilung der Landesregierung vom 14. Januar 2020 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags der Länder zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland – Drucksache 16/7544

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

5. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 23. Januar 2020 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 16/7619

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

*

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und bei den Schriftführern (*Anlage 1*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Infolge der Fraktionsaustritte der Abg. Stefan Herre und Harald Pfeiffer aus der Fraktion der AfD am 29. November 2019 ergibt sich ein Anpassungsbedarf bei der Zusammensetzung von verschiedenen Gremien. Wir kommen daher heute zu Nachwahlen je eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat und in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung.

Wir beginnen mit der Nachwahl in den Oberrheinrat. Die Fraktion GRÜNE schlägt als Nachfolgerin für den ausscheidenden Abgeordneten der Fraktion der AfD, Herrn Abg. Stefan Räßle, Frau Abg. Dr. Ute Leidig vor (*Anlagen 2 und 3*). Sind Sie damit einverstanden, diese Nachwahl entsprechend unserer üblichen Praxis offen durchzuführen? – Dies ist der Fall. Danke. Wer der Wahl von Frau Abg. Dr. Leidig als Vertreterin des Landtags im Oberrheinrat zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Vorschlag mehrheitlich zugestimmt.

Nun kommen wir zur Nachwahl in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung. Die Fraktion der FDP/DVP schlägt als Nachfolger für den ausscheidenden Abgeordneten der Fraktion der AfD, Herrn Abg. Anton Baron, Herrn Abg. Jochen Haußmann vor (*Anlagen 4 und 5*). Sind Sie damit einverstanden, auch diese Nachwahl offen durchzuführen? – Das ist der Fall. Wer der Wahl von Herrn Abg. Jochen Haußmann als Vertreter des Landtags im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Wahlvorschlag einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Ausübung des Ermessens hinsichtlich einer Duldung für gut integrierte Asylsuchende – Drucksache 16/7435

(Präsidentin Muhterem Aras)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wieder einmal müssen wir feststellen, dass die Landesregierung aus Grünen und CDU im Streit verhaftet ist. Hier geht es heute um die Abschiebung von gut integrierten Geflüchteten in unserem Land.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Illegale Einwanderer!)

Unverständnis von Bürgern, Zorn bei Wirtschaft und Arbeitgebern, Petitionen von Freunden und Kollegen der Abgeschobenen, geharnischte Briefe von Oberbürgermeistern und Bürgermeisterinnen, extremer Frust bei all den Menschen, die sich in unserem Land für eine gelungene Integration von Geflüchteten einsetzen – ob im Hauptamt oder im Ehrenamt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das sind keine Geflüchteten!)

Es muss etwas geschehen. Denn das, was bisher passiert, kann man nur absurd nennen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist absurd, weil gegen jeden gesunden Menschenverstand agiert wird.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist Unrecht!)

Menschen, die sich in Ausbildung und Arbeit integrationswillig und integrationsbereit zeigen, werden abgeschoben. Welches Signal senden wir damit aus?

Wenn der Ministerpräsident auf der einen Seite von Tunichtguten redet und wir auf der anderen Seite die Menschen, die durch ihre Arbeit, durch Integration in Arbeit zeigen, dass sie unserem Land auch nutzen und dienen wollen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die sind zu Unrecht hierhergekommen!)

abschieben, entsteht doch der Eindruck: Wir schieben die Falschen ab. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein verheerendes integrationspolitisches Signal.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Absurd ist auch, dass der Innenminister

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

bewusst und ausdrücklich gegen die Interessen der Wirtschaft handelt, wenn er Geflüchtete in Arbeit abschieben lässt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das sind keine Geflüchteten!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, warten Sie bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Können Sie die Uhr anhalten?

Präsidentin Muhterem Aras: Ich habe das im Griff. – Herr Abg. Dr. Fiechtner,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Frau Präsidentin!)

ich habe es schon mehrfach gesagt: Zwischenrufe sind zwar erlaubt, aber es kann nicht sein, dass ein Abgeordneter Dauerzwischenrufe macht, sodass man hier – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja, aber wenn dauernd Lügen verbreitet werden!)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner

(Unruhe bei der SPD)

– Moment! –, für diesen Ausdruck erteile ich Ihnen hiermit einen Ordnungsruf.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Vielen Dank! Danke schön!)

Jetzt bitte ich um mehr Ruhe.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Absurd ist es, wenn der Innenminister bewusst und ausdrücklich gegen die Interessen der Wirtschaft handelt, wenn er Geflüchtete in Arbeit abschieben lässt. Denn dass diese Geflüchteten Arbeit gefunden haben, ist doch nicht nur ein Ausdruck von Wohlfahrt. Sie haben Arbeit, weil sie in unserem Land gebraucht werden. Sie machen Arbeit, für die sie teilweise keine anderen Mitarbeiter finden und bei der der Meister oder Inhaber gottfroh ist, jemanden zu haben.

Wir haben die Wirtschaft vor Jahren aufgefordert, das Ihre zur Integration beizutragen. Dabei gab es sicherlich nicht nur Erfolgsgeschichten. Aber jetzt schiebt dieses Land ausgerechnet jene Frauen und Männer ab, bei denen es tatsächlich eine Erfolgsgeschichte ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist Unrecht!)

das ist wirtschaftspolitisch Unfug, das ist absurd.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Damit werden kleine Handwerksbetriebe nicht nur vor den Kopf gestoßen, sondern teilweise sogar in existenzielle Not gebracht.

Weil man das noch nicht auf jedem Sofa verstanden hat, sage ich es noch einmal: Es geht hier nicht um die Frage, ob ein ausländischer oder einheimischer Mitarbeiter die Arbeit macht, es geht schlicht um die Frage, ob überhaupt ein Mitarbeiter diese Arbeit macht. Wenn man nur zu dritt in der Backstube steht, dann fehlt eben ein Lehrling oder Geselle ganz enorm.

(Andreas Stoch)

Absurd ist aber auch die Begründung des Innenministeriums. Angeblich sei man mit den Grünen einer Meinung – so im Koalitionsausschuss angeblich vereinbart –, dass man sich im Bundesrat für bessere Bleibeperspektiven einsetzen will. Aber solange man im Bundesrat noch nicht zum Zuge kommt, wird genau das gemacht, was man in Zukunft angeblich verhindern will.

Am absurdesten ist aber das Bild, das diese Regierungskoalition abgibt. Die Koalition koalitiert an diesem Punkt nicht, sie sabotiert sich. Es nützt offenbar nichts, wenn man im Koalitionsausschuss Einigungen herbeiführt; denn der Innenminister ignoriert sie einfach – in einem Revier, in dem es nicht um Vernunft und nicht um die baden-württembergischen Betriebe geht, nicht um Integration und nicht um die, die sich dafür einsetzen.

Wenn wir der Zeitung glauben dürfen, wird das Land, wird der Innenminister des Landes Baden-Württemberg sogar von der eigenen Parteifreundin Frau Widmann-Mauz für die Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg kritisiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so kann es nicht weitergehen im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Aber es stellt sich natürlich auch die Frage: Was machen der grüne Ministerpräsident und die scheinbar stärkste Fraktion in diesem Landtag? Sie lassen diesen Minister gewähren. Es wird geflücht und geschimpft, man beteiligt sich an Protesten gegen Abschiebungen

(Zuruf von der CDU: Oijoi!)!

und droht nun sogar, die Änderung des Polizeigesetzes zu blockieren. Das alles sind eigentlich nicht Mittel einer Regierungsfraktion, sondern Mittel der Opposition. Deswegen kann man die Grünen auch aus dieser Verantwortung nicht entlassen. Eine Landesregierung kann kein anarchisches Nebeneinander von Parteien sein, in der jeder sein Ministerium wie einen kleinen Freistaat regiert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

In der Landesverfassung steht klipp und klar:

Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik ...

Von einer Ausnahme für den Innenminister steht dort nichts.

Es gibt sogar Menschen in diesem Land, die diesen Wahnsinn für Methode halten.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sage A und lasse gleichzeitig B zu, halte Sonntagsreden über Abschiebestopps, protestiere hier und sei betroffen dort, wasche deine Hände in Unschuld, aber unternimm nichts. So sagen Sie ja auch, Sie akzeptierten keine Abschiebungen aus Schulen und Kitas.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Warum nicht?)

Ein schönes Lippenbekenntnis, aber genau diese Abschiebungen – wir haben es dieser Tage einem Antrag entnehmen können – finden in unserem Land statt. So ist man gleichzeitig links und konservativ, macht auf liberal und Law and Order, weil die Grünen gleichzeitig für alles stehen wollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das geht nicht. Glaubwürdigkeit fängt bei Ihnen an.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es kann so nicht weitergehen, erst recht nicht in dieser Sache. Es muss auch nicht so weitergehen.

Der Innenminister wird nachher wieder erklären, es gebe für ihn keinen Ermessensspielraum, er könne leider rein gar nichts tun. Schuld wird wieder einmal die Bundesregierung sein, in der aber seine Partei genau das verhindert, was das Land angeblich im Bundesrat erreichen will.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Nun ist Baden-Württemberg zwar – das wissen wir alle – das allerschönste, aber nicht das einzige Bundesland. In anderen Bundesländern gilt das gleiche Bundesrecht wie in Baden-Württemberg. Nicht nur in Nordrhein-Westfalen hat man sich längst auf Linien geeinigt und nutzt für einen Abschiebestopp für Geflüchtete in Arbeit genau jene Ermessensspielräume, die es laut Innenminister Strobl gar nicht gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht noch weiter. Das Innenministerium ignoriert nicht nur die Vereinbarungen in der Koalition, sondern setzt sich auch immer häufiger über den Rat der Härtefallkommission hinweg. Das Votum der Härtefallkommission war früher von der Politik respektiert und wurde in aller Regel – nicht in allen Fällen, aber in aller Regel – befolgt. Man hat jetzt den Eindruck, dass es nur noch darum geht, dass die Härtefallkommission dem Ziel im Wege steht, um jeden Preis höhere Abschiebezahlen zu erreichen.

Er schiebe mit „Herz und Härte“ ab, sagt der Innenminister. „Herz und Härte“ – Herr Innenminister, wie wäre es mit Hirn an dieser Stelle?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Frechheit! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist unglaublich! Ich glaube, daran fehlt es Ihnen ein bisschen! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Er weiß gar nicht, was das ist! – Weitere Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Menschen, die in unser Land gekommen sind, die sich vorbildlich integriert haben und hier arbeiten, sollten wir nicht abschieben. Denn unabhängig von ihrem Bleiberecht als Flüchtlinge haben sie durch ihre Arbeit gezeigt, dass wir sie brauchen. Es wurde bewiesen, dass die Firmen und Handwerksbetriebe in unserem Land sie brauchen, teils sogar dringend benötigen. Sie sind in der Summe nur ein kleiner Beitrag gegen den Fachkräftemangel, aber dort, wo sie gebraucht werden, sind sie ein ganz entscheidender Beitrag.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alles dafür getan wird, hier für unsere Gesellschaft integrationspolitisch die richtigen Signale zu setzen.

(Andreas Stoch)

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das wäre jetzt neu!)

Wir wollen, dass die Landesregierung im Bundesrat auf eine Regelung dringt, die Geflüchteten in Arbeit gerecht wird und unnötige Härten vermeidet. Wir fordern die Landesregierung auf, bis zu dieser Regelung nicht frontal gegen den Geist ihrer eigenen Initiative zu arbeiten, sondern alle Ermessensspielräume zu nutzen, die es gibt und die man nutzen kann, damit die Menschen, die in Arbeit sind, die Schulen und Kitas besuchen, nicht abgeschoben werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es reicht nicht, A zu sagen und B zu tun. Wir müssen endlich das tun, was Sie angekündigt haben: Wir müssen die Menschen, die in Arbeit sind, in unserem Land lassen.

Wir werden nachher über einen Änderungsantrag abstimmen, den meine Fraktion einbringen wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir werden Sie zu einer Entscheidung darüber zwingen, ob Sie bereit sind, als Landtag von Baden-Württemberg zu erklären, dass diese Ermessensspielräume vom Land Baden-Württemberg genutzt werden.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Kriegen wir den Antrag auch noch? Ist der geheim?)

Mit Erich Kästner schließe ich: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Zuruf: Bravo! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte betrifft das Bleiberecht, ein wichtiges Thema, das wir derzeit in der Koalition diskutieren. Das ist hinlänglich bekannt.

Es wundert mich aber schon, wenn Sie, die SPD, im Bund Gesetze beschließen, um dann die Landesregierung zu fragen, weshalb sie diese anwendet. Die SPD hat im vergangenen Jahr Seehofers Migrationspaket durchgewunken,

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: Genau!)

das uns jetzt diese Probleme beschert. Herr Stoch, Sie haben von Ermessen gesprochen. Genau darüber, ob die Ermessensduldung erteilt werden kann, wird unter Juristinnen und Juristen allein deshalb gestritten, weil Sie im Bund die unklare Rechtslage verursacht haben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Da klatscht die CDU!)

Es gäbe diesen Streit nicht, wenn Sie ihn nicht verursacht hätten.

Sie hatten im letzten Jahr die Gelegenheit, eine Regelung zu schaffen, die den Menschen und den Unternehmen hilft. Was haben Sie stattdessen getan? Sie haben das schärfste Migrationspaket beschlossen, das je durch den Bundestag gegangen ist. In Ihrer eigenen Partei, sogar in Ihrer Bundestagsfraktion, gab es Proteste gegen dieses Gesetz – und auch in der Öffentlichkeit.

Ich zitiere PRO ASYL in einer Stellungnahme vom Juni 2019 zu diesem Gesetz:

Auch die Beschäftigungsduldung ist offensichtlich gewollt als Rohrkrepierer konstruiert ... Die allermeisten Menschen in Arbeit und Arbeitgeber werden weiterhin ständig eine Abschiebung befürchten müssen.

Weiter:

Die verschärften Zugangshürden ... kommen einer Zertrümmerung der realen Chancen auf Abschiebungsschutz während Ausbildung und Beschäftigung gleich.

Oder:

Sie

– damit sind Sie, die SPD, gemeint –

haben sich beim politischen Tauschhandel ... bei den Neuregelungen für eine Bleibereichtsperspektive über Ausbildung und Beschäftigung über den Tisch ziehen lassen.

So weit die Stellungnahme von PRO ASYL.

Nun möchten Sie mit uns darüber diskutieren, wie wir die Anwendung dieser Gesetze rechtlich sauber vermeiden können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Erklären Sie uns das mal! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD – Unruhe)

Ich kann mich auch noch an die vollmundigen Ankündigungen aus der SPD erinnern, was Sie an Seehofers Gesetzentwurf alles ändern wollen würden. Nichts davon ist passiert, nichts davon haben Sie eingehalten.

Ich möchte dem, was die SPD mitverantworten hat, gegenüberstellen, was wir Grünen fordern und woran wir arbeiten.

(Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sagen Sie uns, was Sie in Baden-Württemberg machen! Was Sie machen, interessiert uns! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir wollen Menschen, die eine Arbeit haben und sich integrieren, eine dauerhafte Perspektive in Baden-Württemberg ermöglichen.

(Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion!

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich habe Ihnen auch zugehört, Herr Stoch.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Lede Abal hat das Wort. – Danke.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir wollen Menschen, die eine Arbeit haben und sich integrieren, eine dauerhafte Perspektive in Baden-Württemberg ermöglichen. Wir wollen, dass pragmatische und humanitäre Entscheidungen getroffen werden. Das Land hat eine Verantwortung für die Menschen und für die Unternehmen, die wir 2015/2016 darum gebeten haben, diese Menschen auszubilden und einzustellen. Wir dürfen kein Interesse daran haben, dass Ermessen zulasten von Menschen und zulasten von Unternehmen in diesem Land ausgeübt wird. Deshalb brauchen wir eine Gesetzesinitiative im Bundesrat, damit wir an dieser Stelle vorankommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD:
Sie machen aber nichts!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eine persönliche Ausführung machen, eine Ausführung, die Sie dafür sensibilisieren soll, warum es eben einen Unterschied macht, ob wir Ermessensspielräume nutzen oder nicht. Ermessen ist ein juristischer Fachbegriff. Er räumt gewisse Freiheiten bei der Rechtsanwendung ein. Aber Ermessen ist nicht Belieben, sondern egales Verwaltungshandeln,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

um unter den gegebenen Umständen im Einzelfall zu einer sachgerechten Entscheidung zu gelangen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Eine Willkürgrenze!)

Damit wird Ermessen auch eine Frage von Verantwortung, eine Verantwortung für Biografien und eine Verantwortung für gesellschaftliches Miteinander.

So, wie wir jetzt über Menschen aus Syrien, aus Afghanistan, aus dem Irak oder anderen Ländern sprechen, die unsere Sprache lernen, eine Lehre machen, einen Arbeitsplatz suchen, so hat 1998 ein bosnischer Teenager in einer Heidelberger Ausländerbehörde gesessen und gehofft. Drei Optionen lagen damals auf dem Tisch: die Ausreise mit den Eltern nach Amerika, die freiwillige Rückkehr nach Bosnien oder eine Abschiebung.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Lede Abal, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Binder zu?

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich lasse jetzt von der SPD keine Zwischenfrage zu, weil Sie ein Verfahren gewählt haben, das Ihnen doppelt so viel Redezeit einräumt wie uns.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das wird doch gar nicht angerechnet!)

– Die Frage nicht, aber meine Antwort darauf schon.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Feige Ausrede! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD – Unruhe)

– Ja, wenn Zeit übrig ist, komme ich darauf zurück.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Dann käme vielleicht etwas Sinnvolles heraus!)

Ich würde gern zurück zu diesem Fall kommen. In ebendiesem Fall hat ein Sachbearbeiter der Ausländerbehörde im wahrsten Sinn des Wortes eine Ermessensentscheidung getroffen. Er hat eine Situation in ihrer ganzen Bedeutung erfasst, er hat nach einem Spielraum gesucht. Der junge Mann sprach ausgezeichnet Deutsch, er hatte feste Pläne, er plante ein Studium in Heidelberg. Der Verwaltungsmitarbeiter kannte auch die ganze Familie. Die Mutter arbeitete in einer Wäscherei, der Vater auf dem Bau, beide eigentlich Akademiker, sie haben sich in die USA orientiert.

Der Mitarbeiter der Ausländerbehörde fand einen Weg, um dem jungen Mann eine Duldung zu ermöglichen, und zwar über eine Immatrikulation an der Universität – ein Studium der Literaturwissenschaft. Das war sein Weg. Heute ist dieser junge Flüchtling von damals Träger des Deutschen Buchpreises. Er heißt Sasa Stanisic. Sie kennen seine Bücher.

Ja, meine Damen und Herren, auch das ist eine Dimension von Ermessen. Daran sollten wir uns orientieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Gabi Rolland SPD: Sie sollten sich mal die Realität anschauen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön, Frau Präsidentin. – Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlingswelle im Jahr 2015 hat uns vor unerwartet große Herausforderungen gestellt. Ich sage es gleich vorweg: Wer vor Verfolgung flieht, genießt bei uns Schutz. Dazu bekennen wir uns, und das ist in unserem Grundgesetz so verankert.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den
Grünen – Abg. Bernd Gögel AfD: Aber nicht aus sicheren Herkunftsländern!)

Aber in den vergangenen Jahren wurde deutlich, dass wir innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens gesetzliche Ausgestaltungen brauchen, um die Lage zu ordnen.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das ist aber nicht Thema heute!)

– Doch, das ist Thema.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Nein, ist es nicht!)

Wie wir alle wissen, ist am 1. Januar 2020 – dieses Jahr – auf Initiative der schwarz-roten Bundesregierung das Bundesgesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung in Kraft getreten. Was hat der Bundestag konkret beschlossen? Er hat die Voraussetzungen für die Beschäftigungsduldung gesetzlich fixiert und die der Ausbildungsduldung konkretisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rechtsklarheit schafft Rechtssicherheit. Bereits im letzten Jahr war klar, dass dieses Gesetz kommen wird. Deshalb war auch klar, dass Menschen, die aufgrund dieses Gesetzes eine Bleibeperspektive erhalten,

(Thomas Blenke)

nicht einfach abgeschoben werden. Dies wurde vom Innenministerium – Herr Minister Strobl – mit der sogenannten Ermessensduldung so ermöglicht, im Vorgriff auf diese Beschäftigungsduldung.

Diese Ermessensduldung brauchen wir jetzt nicht mehr, da dies seit dem 1. Januar als Beschäftigungsduldung fest im Gesetz verankert ist. Der Antrag der SPD hat sich deswegen in der Sache überholt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was?)

– Ich rede von dem Titel der heutigen Debatte; einen weiteren Antrag kenne ich bislang nicht.

Wir sprechen hierbei immer von Ausländern, die vollziehbar ausreisepflichtig sind. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir auch unbedingt an der Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration festhalten.

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut!)

Das hat auch der Bundesgesetzgeber im Sommer 2019, im letzten Jahr, klar zum Ausdruck gebracht.

Ein weiterer Bestandteil dieses Migrationspakets, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, tritt am 1. März dieses Jahres, also in gut vier Wochen, in Kraft. Genau dieses Gesetz wird die vereinfachte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften ermöglichen.

Es ist uns ganz besonders wichtig, dass wir die Interessen des Rechtsstaats und die wirtschaftlichen Interessen in Einklang bringen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wird die grün-schwarze Koalition auch erneut eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. Wir wollen, dass auch Zeiten, die ein Ausländer in der sogenannten Gestattung verbracht hat – das ist die Zeit während des Asylverfahrens –, auf den für eine Beschäftigungsduldung erforderlichen Zeitraum angerechnet werden können. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde – um es konkret zu machen – auch den Interessen der Unternehmen, die Flüchtlinge beschäftigen, Rechnung getragen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist aber eine billige Ausrede!)

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, sind herzlich eingeladen, in den Ländern mit SPD-Regierungsbeteiligung – die gibt es ja noch – um Unterstützung für diese Bundesratsinitiative zu werben. Was Sie hier kritisieren, lieber Kollege Stoch, haben Ihre Genossen in Berlin beschlossen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Auf Druck der CDU! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Was seid ihr denn für Memmen?

(Unruhe)

Sie können ja Ihre freundschaftlichen Kontakte zur SPD-Bundsvorsitzenden spielen lassen, um das Ganze voranzubringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Das wirkt eher hilflos, Herr Blenke!)

– Nein.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Doch!)

Auch Rechtsauslegungen und das Ausüben von Ermessen sind ganz wichtige Fragen. Das Ausüben von Ermessen kann nur im Rahmen des geltenden Rechts erfolgen. Das wissen Sie als Jurist.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Um es kurz zu sagen: Wir müssen Recht setzen, wir müssen Recht umsetzen, und wir müssen Recht durchsetzen. Das ist so. Das gilt umfassend –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

es gilt übrigens auch für die Umsetzung von EU-Recht im Polizeigesetz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rottmann.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr geehrte Landtagspräsidentin, werte Kollegen!

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Es gibt auch Kolleginnen!)

Selten hatte eine Partei weniger das Recht, eine Aktuelle Debatte zu einem Thema zu beantragen, als hier. Es klang ja vorhin so, als Sorge sich die SPD um die Arbeitgeber, und das ist schon sehr seltsam und kurios.

(Zuruf: Keine Ahnung!)

Ihr Versuch, sich von der Mutterpartei abzugrenzen, ist so durchsichtig wie Fensterglas und wird erfolglos bleiben. Denn das neue Dream-Team Esken und Borjans hat als eine der ersten Amtshandlungen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine neue Steuer auf Grundbesitz ins Gespräch gebracht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was hat das mit dem Thema zu tun? – Unruhe bei der SPD)

Das ist die SPD. Der mit frenetischem Beifall als einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD gewählte Shootingstar Kühnert hat sich seine Meriten mit kommunistischen Forderungen nach Enteignung von Autokonzernen und Wohnungseigentümern

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Sabine Wölfl: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

und einer postkapitalistischen Gesellschaft verdient. – Ich habe den Eindruck, die Zwischenrufe von der SPD sind noch unerträglicher als die des Kollegen Fiechtner.

(Beifall des Abg. Anton Baron AfD)

(Daniel Rottmann)

Dieser Herr Kühnert steuert die SPD ganz oben mit. Ob das den Beifall der Arbeitgeber finden wird?

Wie ist denn Ihre Position zu den Radikalforderungen Ihrer Bundesspitze, werte Genossen der SPD? Wollen Sie erst den Arbeitgebern zu billigen und oftmals unqualifizierten Arbeitskräften verhelfen, ihnen dann die Fabrik unter dem Allerwertesten weg enteignen, gleichzeitig die Spitzensteuer erhöhen und ihre Wohnungen sozialisieren, um dort die Asylbewerber unterzubringen, die dann die SPD wählen sollen?

(Abg. Daniel Born SPD: Sie haben Probleme! Echt!
– Abg. Andreas Stoch SPD: Wir müssten einen Intelligenztest einführen!)

Es geht Ihnen überhaupt nicht um das Wohl der Arbeitgeber, es geht Ihnen darum, die SPD-Wählerschaft der Zukunft heranzuziehen. Es geht Ihnen darum, die SPD-Wählerschaft der Zukunft heranzuziehen, weil Ihre Wählerschaft der Vergangenheit Ihnen in hellen Scharen davonläuft, und die meisten davon zu uns.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist sogar für Sie absurd! – Abg. Sascha Binder SPD: Wir sind zwar in der Faschzeit, aber das ist –)

Ich wiederhole noch einmal: Was Herr Fiechtner an Zwischenrufen macht, hat mehr Niveau als die gesamten Zwischenrufe der SPD-Fraktion. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich bewerten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch was mit den Ohren! – Zuruf: Das geht so nicht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte, machen Sie weiter.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Die Arbeitnehmer wissen: Sie machen eine Politik von Minderheiten für Minderheiten; et was anderes können Sie inzwischen leider auch nicht mehr. Dann ist es halt so – zum Glück für uns; denn Sie werden 2021 die Rechnung dafür bekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Zahlen Sie erst mal Ihre Rechnungen!)

Die AfD ist die Rechtsstaatspartei hier im Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Räßple vorneweg! – Abg. Nicole Razavi CDU: Sie werden nicht mal rot dabei! – Lebhaftige Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um mehr Ruhe, damit Herr Abg. Rottmann seine Rede auch tatsächlich ausführen kann. – Vielen Dank.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD – Anhaltende lebhaftige Unruhe)

– Frau Abg. Rolland, Sie sind nicht dran. Herr Abg. Rottmann hat das Wort.

(Unruhe)

Abg. Daniel Rottmann AfD: In der Begründung des Antrags der SPD steht, es

... entsteht den betroffenen Betrieben ein Schaden durch den Verlust einer benötigten Arbeitskraft.

Genau zu diesem Thema rede ich.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Sabine Wölfl: Ach was?)

Jetzt geht es um das Thema Rechtsstaatlichkeit. Das, was die SPD hier fordert, unterminiert die Rechtsstaatlichkeit. Das ist aber bei der SPD leider nichts Neues und passt durchaus auch zu ihrem politischen Umfeld. Wenn man sieht, wie eng Teile der SPD mit der Antifa verbunden sind, dann weiß man, wo die demokratischen Kräfte sind, nämlich nicht bei Ihnen, sondern bei uns.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! – Abg. Sabine Wölfl SPD: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Sie in der SPD blähen Fälle der Migrationsthematik zu einem Gesamtproblem auf und pfuschen den Abschiebebehörden, die es auch ohne Sie weiß Gott schwer genug haben, ins Handwerk. Sie, die SPD, bekämpfen den Rechtsstaat an dieser Stelle. So ist es.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Sabine Wölfl SPD)

Wie viele Arbeitgeber sind denn in Wirklichkeit betroffen? Jeder qualifizierte Arbeitnehmer – egal, ob ein Asylgesuch abgelehnt wurde oder nicht – wird mit dem neuen Fachkräfteinwanderungsgesetz, das im März in Kraft tritt, die Möglichkeit haben, in einem geordneten Verfahren nach Deutschland einzureisen. Die entsprechenden Betriebe werden sich darum kümmern, diese Mitarbeiter wiederzubekommen, und das ist auch richtig so.

Wer ausreisepflichtig ist, hat auszureisen. Das hat auch etwas mit dem Rechtsstaat zu tun. Alles andere stellt den Rechtsstaat auf den Kopf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Nicht nur 5 %!)

Beschreiben Sie doch mal die Situation in unserem Land: Heerscharen von Behörden und Gerichten entscheiden und verwalten jahrelang hin und her, und schließlich, nach vielen Jahren, wenn eine Abschiebung endlich möglich ist, wenn dem Rechtsstaat endlich zum Durchbruch verholfen werden soll und kann, dann berechtigt ein McJob zum Bleiben. Auch da bekämpft die SPD wieder den Rechtsstaat.

(Beifall bei der AfD)

Was Deutschland braucht, ist eine Einwanderung qualifizierter Menschen. Mit einer Einwanderungspolitik dieser Art haben Sie uns, die AfD, auch an Ihrer Seite.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Darauf legt aber niemand Wert! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das will aber niemand!)

(Daniel Rottmann)

Ich möchte Ihnen noch einen Rat geben.

(Zuruf: Lieber nicht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Oh! Verschonen Sie uns! Verschonen Sie uns einfach mit Ihren Ratschlägen! Um Gottes willen!)

Meine Redezeit geht zu Ende. Deshalb möchte ich Ihnen noch einen wichtigen Rat mitgeben. – Hören Sie mal zu, Herr Gall, dann können Sie sogar noch etwas lernen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Verschonen Sie uns mit Ihren Ratschlägen! Verschonen Sie uns! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Sie brauchen jeden Rat! Jeden Rat brauchen Sie! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Bei diesen Umfragewerten! – Gegenruf des Abg. Daniel Born SPD: Ihnen rennen doch die Abgeordneten davon!)

Werte Kollegen von der SPD, erinnern Sie sich an Ihre Stammwähler, denn es wird wohl eine Erinnerung bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist absurd und für jeden anständig und gerecht Denkenden schlechterdings nicht nachvollziehbar, wenn gerade in Zeiten, in denen Unternehmen händeringend um Fachkräfte, um engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ringen, diejenigen abgeschoben werden, die gut integriert sind, die in Brot und Arbeit stehen und sich straffrei verhalten,

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

während Meldeauflagen ignorierende, straffällig gewordene, möglicherweise untergetauchte abgelehnte Asylbewerber bleiben dürfen. Dies ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Verweis auf die Bundeszuständigkeit geht auch nach Auffassung vieler Verwaltungsrechtler fehl. So können die Länder über die Ermessensduldung bisher erbrachte Integrationsleistungen durchaus honorieren

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

und dort, wo geboten und sinnvoll, den Übergang in die im Migrationspakt verankerte Beschäftigungsduldung erleichtern. Aber dies ist augenscheinlich politisch nicht gewollt.

An die Unternehmen, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit nachkommen, an die vielen Ehrenamtlichen, die sich gemeinsam mit den Asylbewerbern um Integration bemühen, bei der Suche nach Arbeit und Wohnung helfen, und an die Asylbewerber selbst, die erkennen müssen, dass die Bemühungen um die Integration nicht so honoriert werden, wie dies suggeriert wurde, ist das ein falsches Signal. Das sollten wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Wenn ich jetzt den Änderungsantrag der SPD sehe, erachte ich ihn zwar insgesamt als zustimmungswürdig, aber ich würde anregen, dass in Ziffer 1 als Absatz 2 noch eine zeitliche Komponente eingeführt wird, wonach mindestens seit sechs Monaten eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt wird.

Klar ist aber auch, dass solche Fälle der Ermessensausübung eine Ausnahme bleiben müssen. Hierzu ist es notwendig, die Asylverfahren zu beschleunigen, die Liste der sicheren Herkunftsländer auszuweiten und endlich ein vernünftiges Einwanderungsgesetz zu schaffen. Bis dahin bleibt jedoch festzuhalten, dass wir uns den Luxus nicht erlauben sollten und nicht erlauben können, gut integrierte, fleißige Arbeitskräfte abzuschieben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Kenner SPD)

Der Umgang der Regierungsfractionen mit diesem Thema steht gleichwohl sinnbildlich für den allgemeinen Zustand dieser Koalition. Die schier untrennbare Verknüpfung der zum „Reförmchen“ geschrumpften Polizeireform mit der Frage der Ermessensduldung zeigt, wie stark das Misstrauen in dieser Koalition ausgeprägt ist und wie sehr sich die regierungstragenden Fraktionen selbst blockieren.

Dass der Wahlkampf bereits 14 Monate vor der Landtagswahl eröffnet ist, lässt weiteren Stillstand und Mutlosigkeit befürchten –

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der AfD)

angesichts der vielen dringenden Herausforderungen ein schlechtes Beispiel für unser Land und sicherlich kein Vorbild für den Bund.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z!

(Abg. Bernd Gögel AfD: Lauter, bitte!)

Zuerst wünsche ich Ihnen ein gutes neues Jahr. Ich möchte an den Beginn dieses Jahres aus Sprüche, Kapitel 14, stellen:

Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben.

Die SPD hat ja in der ihr eigenen Art einen typischen Aufschlag gemacht, indem sie dieses Wort in sein Gegenteil verkehrt, nämlich Ungerechtigkeit zum Leitprinzip politischen Handelns erklärt.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Dazu möchte ich mit Erlaubnis der Präsidentin einen der bekanntesten deutschen Philosophen zitieren, Alfred Tetzlaff:

Der Sozi ist nicht grundsätzlich dumm, er hat nur sehr viel Pech beim Nachdenken.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Ist Alfred Tetzlaff Ihre Bezugsgröße?
– Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich kann die Denkweise der SPD ja nachvollziehen. So ist das eben bei Linksextremisten. Man besetzt ein Haus und denkt, dass es einem gehört, wenn man nur lange genug darin wohnt. Doch Unrecht bleibt Unrecht, auch wenn ein paar Jahre ins Land ziehen. Aber das werden die Sozialisten und in ihrem Geleit auch die grünen Pädophilen nie verstehen.

(Lachen bei der AfD)

Die Linken fordern hier ein Ermessen für illegale Einwanderer. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Der Antrag sagt: „vollziehbar ausreisepflichtig“. Es handelt sich nicht um diese große Schar der ohnehin hier illegal Lebenden und von unserem Sozialsystem Profitierenden, die Millionen und Abermillionen der Steuergelder, die die deutschen Bürger in mühsamer Arbeit erwirtschaftet haben, für ihre Belange in Anspruch nehmen. Nein, es handelt sich um vollziehbar Ausreisepflichtige. Dass Sie sich nicht schämen, überhaupt einen solchen Antrag zu stellen!

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte zu Herrn Innenminister Strobl – „mein Minischer Thomas“ – etwas sagen.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Herr Innenminister Strobl, wenn Sie es nicht schaffen, diese vielen illegalen Invasoren, die wir nicht brauchen – – Denn die wahren Arbeitskräfte gehen ja raus. Deutschland ist kein Einwanderungsland, es ist ein Auswanderungsland.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Hochqualifizierte verlassen dieses Land, Nichtqualifizierte kommen, um sich in unseren Sozialsystemen, wie die grüne Predigerin Göring-Eckardt sagt, wohlfühlen.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wenn Sie es nicht schaffen, Herr Innenminister Strobl, diese illegalen Invasoren abzuschieben, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Stopp! Herr Abg. Dr. Fiechtner, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... dann stellen Sie mir ein Schiff zur Verfügung, und ich fahre sie Ihnen höchstpersönlich zurück.

(Vereinzelt Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Früher durften Wahnsinnige nicht aufs Schiff! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Stoch, Sie sagen, es gehe hier nicht um Zuwanderung, es gehe hier nicht um Integration, es gehe um die bloße Arbeit. Das stimmt nicht. Das ist scheinheilig. Es geht Ihnen wie in allen Punkten um Zuwanderung, um Überfremdung und um Abschaffung der deutschen Gesellschaft durch die Massenzuwanderung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dummes Zeug!)

Das ist der rote Faden, der auch in diesem Punkt Ihre Politik durchzieht. „Gut integriert“, sagen Sie; gut integrierte Leute. Um Gottes willen!

Ich habe mir einmal angeschaut, was so eine Biografie von einem gut Integrierten hergibt: Der ist ein paar Wochen in einer Spülküche, dann radebrecht er ein bisschen Deutsch, und dann ist er im Fußballverein. Und das ist schon gut integriert. Ja, wenn das Schule macht, haben wir nur noch gut Integrierte. Die Befürworter sagen: „Sogar der Hotelier möchte, dass der hierbleibt; er braucht ihn.“

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ja, da muss ich sagen: Liebe Gastwirte, das ist schön und gut. Jetzt braucht ihr ihn, aber morgen läuft euer Geschäft schlecht, dann entlasst ihr ihn wieder. Und wer zahlt dann bitte die Kosten für die Sozialhilfe, für die Arbeitslosenhilfe, wer trägt die ganzen Familienkosten? Das ist die Allgemeinheit. Wenn die Wirte bereit sind, die Kosten für zehn Jahre zu übernehmen, okay. Aber wenn sie sagen: „Jetzt brauchen wir ihn, und morgen brauchen wir ihn nicht mehr“, dann soll die Allgemeinheit die Kosten übernehmen. Das geht nicht, meine Damen und Herren. So können wir auch der Wirtschaft nicht – –

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. – –

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Nein, nicht bei meiner kurzen Redezeit. Wenn ich zehn Minuten Redezeit hätte, könnten Sie jede Zwischenfrage stellen.

Was die wirklich Qualifizierten anbelangt, meine Damen und Herren: Wenn wir wirklich Qualifizierte und Hochqualifizierte haben, sollten wir sie so schnell wie möglich in ihre Heimatländer schicken – nach Syrien, nach Afghanistan, in den Irak oder sonst irgendwohin. Dort werden sie wirklich gebraucht. Wenn wir das nicht machen, ist das Braingain; dann nehmen wir diesen Ländern die besten Leute. Das ist das Gegenteil von dem, was hoffentlich auch Sie wollen.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, kann es sein, dass das Mikro heute verstellt ist?)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Baden-Württemberg ist ein starkes, ein wohlhabendes Land. Wir besitzen kulturelle Reichtümer genauso wie wirtschaftlichen Reichtum. Das ist ein Verdienst der Menschen, die schaffen, die Ideen haben und die es jeden Tag ein bisschen besser machen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Die Wirtschaft brummt, vor allem bei uns in Baden-Württemberg, und dies schon seit einem beachtlich langen Zeitraum von über zehn Jahren. Die Folge davon ist, dass bei uns Vollbeschäftigung herrscht, und auch dies schon seit vielen Jahren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nicht mehr lange!)

Das ist sehr erfreulich. Aber wie jede Medaille hat auch diese eine Kehrseite. Die Vollbeschäftigung bedeutet nämlich für die Unternehmen in unserem Land, dass sie sich in vielen Branchen mit einem leer gefegten Arbeitsmarkt und einem zum Teil gravierenden Arbeitskräftemangel konfrontiert sehen. Die Bedürfnisse der Unternehmen in unserem Land sind der Landesregierung, sind mir persönlich ein sehr wichtiges Anliegen.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich würde jetzt einfach gern im Zusammenhang vortragen, Frau Präsidentin.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie haben unbegrenzte Redezeit!)

Die Kollegin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut arbeitet deshalb auch unerlässlich mit den verschiedensten Maßnahmen – wie etwa im Bereich der Weiterqualifizierung – daran, die noch bestehenden Arbeitskräftepotenziale in den Arbeitsmarkt zu heben.

In diese Phase der Vollbeschäftigung fiel auch die Hochphase der Flüchtlingskrise. Viele, vor allem junge Menschen kamen in dieser Zeit zu uns, um Schutz zu suchen, und auch, um hier ein besseres Leben zu finden. Aber schnell wurde auch klar, dass viele der neu Angekommenen kein berechtigtes Schutzbedürfnis im Sinne unseres Asylrechts oder der Genfer Flüchtlingskonvention haben, sondern versucht haben, über den Weg des Asylsystems Arbeit zu finden und Geld zu verdienen.

Wir haben deshalb immer klar unser Credo vertreten: Herz und Härte – Herz gegenüber denjenigen, die wirklich des Schutzes bedürfen, die vor Gewalt, Verfolgung und Folter fliehen, die Angst haben und um ihr Leben bangen müssen. Damit unser Land und unsere Gesellschaft diese große Aufgabe aber auch meistern können, war klar, dass wir gegenüber all denen, die ein solches Bedürfnis eben nicht aufweisen können, klar sagen müssen: Ihr könnt nicht hierbleiben, ihr müsst

nach Abschluss eines langen verwaltungsmäßigen und gerichtlichen Verfahrens zurück in eure Heimat.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau, Heimat!)

Das sind die zwei Seiten der Medaille. Wir haben deswegen auch immer klar kommuniziert und auch die Unternehmen aufgefordert, Menschen mit Bleibeperspektive in Lohn und Brot zu bringen. Denn Arbeit und das Erlernen der Sprache sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Daran, Kollege Lucha, arbeiten wir auch in der Landesregierung intensiv.

Ich möchte es einfach einmal klar sagen: In Baden-Württemberg leben derzeit rund 68 000 Schutzberechtigte im erwerbsfähigen Alter, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Diese Personen müssen wir mit Priorität integrieren. Hier gilt: Integration durch Arbeit. Dies ist für die Unternehmen rechtsicher möglich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Ein Drittel sind in Hartz IV, Herr Strobl! Ein Drittel im Niedriglohnsektor!)

Die Beschäftigung ausreisepflichtiger Ausländer ist eben nicht ohne Risiko für eine verlässliche betriebliche Planung.

Wahr ist aber auch, dass in der Hochphase der Flüchtlingskrise nicht jedem Unternehmer klar war und auch nicht klar sein konnte, welche Bedeutung die Bleibeperspektive des von ihm eingestellten Ausländers hat. Deswegen haben wir gesagt, dass wir alle Spielräume, die es gibt, nutzen wollen. Ermessen kann man allerdings nur dort ausüben, wo es auch ein Ermessen gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage ausdrücklich und wiederhole es gern: Die Mithilfe von Unternehmen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise verdient unsere vollumfängliche Anerkennung.

(Zuruf von der SPD)

Selbstverständlich ist es jedem Arbeitgeber freigestellt, wen er einstellt. Deutlich sage ich aber auch: Für den Arbeitgeber ist es eine betriebswirtschaftlich äußerst relevante Entscheidung, welchen Status die von ihm eingestellte Arbeitskraft hat. Gut beraten ist daher, wer Arbeitskräfte einstellt, die über eine gute Bleibeperspektive, über eine Schutzberechtigung verfügen, also jemand von diesen knapp 70 000 arbeitsfähigen jungen Leuten, die es in Baden-Württemberg gibt.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Denn klar muss auch sein: Wer jemanden einstellt, der ausreisepflichtig ist, muss damit rechnen, dass dieser auch nach der Einstellung ausreisepflichtig bleibt. Das ist die Rechtslage. Das müssen wir den Unternehmen auch kommunizieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut, Herr Minister! Bravo!)

Wir müssen es im Übrigen auch in die Welt hinaus kommunizieren, weil die organisierte Kriminalität, weil Schlepper-

(Minister Thomas Strobl)

banden es ansonsten auf ihre Flugblätter schreiben, dass Arbeitsmigration nach Deutschland über das Asylrecht stattfindet. Diesen Weg wollen wir definitiv nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD –
Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Das Aufenthaltsrecht ist Bundesrecht; darauf ist zu Recht hingewiesen worden, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Die Länder vollziehen dieses Recht. Unsere Ausländerbehörden, zumal das Regierungspräsidium Karlsruhe, aber auch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vollziehen Recht und Gesetz, wenn sie eine vollstreckbare Ausreisepflicht vollziehen. Das ist eine außerordentlich schwierige Arbeit. Ich möchte an dieser Stelle allen Polizistinnen und Polizisten, allen, die diese schwierige Arbeit leisten, meinen Respekt und meinen Dank ausdrücken.

(Beifall bei der CDU)

Für die neue Beschäftigungsduldung ist eine Vorduldung von zwölf Monaten erforderlich. Mit dieser Regelung hat der Bund – und die SPD war daran schon auch beteiligt, Herr Kollege Stoch –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und wer noch?)

verbindlich festgelegt, unter welchen Voraussetzungen ausreisepflichtigen Ausländern in Beschäftigung eine Bleibeperspektive eröffnet wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Diese bundesgesetzliche Festlegung dürfen und können wir nicht dadurch unterlaufen, dass wir Geduldeten, welche die Voraussetzungen der Beschäftigungsduldung noch nicht erfüllen, Ermessensduldungen erteilen. Das wäre eine klar rechtswidrige Umgehung des Gesetzes, und dafür stehe ich nicht zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der
SPD)

Darauf haben wir im Übrigen immer hingewiesen. Ermessen kann man nur dort ausüben, wo es ein Ermessen gibt.

(Zuruf von der SPD: Sehr eigenwillig!)

Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Mein Haus und auch ich persönlich wollen den betroffenen Unternehmen und den betroffenen Menschen eine Lösung geben. Deshalb haben wir bereits im Februar 2019 eine Bundesratsinitiative unternommen. Diese Initiative blieb leider ohne Mehrheit.

Wir wollen einen erneuten Vorstoß im Bundesrat unternehmen und freuen uns dann im Übrigen über die Unterstützung auch der SPD und der FDP in den Ländern, in denen sie mitregieren. Ich kann Ihnen gleich einmal sagen: Diese Bundesratsinitiative wird besser sein als der Änderungsantrag der SPD, der jetzt auf dem Tisch liegt, weshalb dieser Antrag auch abzulehnen ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des
Abg. Andreas Stoch SPD)

Dispens wollen wir nur von der strikten Vorgabe des zwölfmonatigen Duldungszeitraums. Auch darf eine modifizierte

Beschäftigungsduldung keine Pull-Effekte entfalten. Wir müssen daher Bleibeperspektiven für geduldete Ausländer in Beschäftigung an die Hochphase der Flüchtlingskrise koppeln. Also: rückwirkend und keinesfalls so, dass dadurch Pull-Effekte entstehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eines muss auch stets klar sein: Straftäter und Identitätstäuscher bekommen keine Bleibeperspektive.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg.
Daniel Rottmann AfD)

Die Rückführung von Straftätern und Gefährdern hat Priorität. Deshalb unternehmen wir alle Anstrengungen, solche Personen prioritär abzuschicken. Wo immer wir die Möglichkeit haben, mit besonderer Priorität vorzugehen, tun wir das: Herz und Härte.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister!

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich möchte das gern im Zusammenhang vortragen, Frau Präsidentin.

Der Vorwurf, es würden immer die Falschen abgeschoben, lässt sich in Baden-Württemberg leicht widerlegen. Er geht ins Leere. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen.

(Zurufe)

Im Januar 2018 habe ich den „Sonderstab gefährliche Ausländer“ eingerichtet, der seine Fälle von Straftätern, von Gefährdern mit Nachdruck einer Aufenthaltsbeendigung zuführt. Der Sonderstab arbeitet überaus erfolgreich. Er hat – mit Stand vom 28. Januar 2020 – seit seiner Einrichtung insgesamt 103 Fälle abgeschlossen. 79 Fälle konnten mit einer Abschiebung abgeschlossen werden. In den übrigen 24 Fällen wurden Maßnahmen getroffen, um eine erneute Wiedereinreise zu verhindern.

Der regionale Sonderstab Freiburg hat seit seinem Bestehen, seit Ende 2018 bereits 26 Mehrfach- und Intensivtäter ausgewiesen und in zwölf Fällen die wahre Identität der Straftäter geklärt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So viele immerhin! – Zuruf von der SPD)

Im letzten Jahr konnten beispielsweise durch intensive Bemühungen – Herr Abg. Dr. Fiechtner, jeder von diesen, der außer Landes ist, ist ein absoluter Sicherheitsgewinn für dieses Land. Das sind hoch komplizierte Fälle.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Künftig kommen noch viele her! Aber der kommt doch wieder, Herr Minister!)

– Nein, wir erreichen eben in vielen Fällen durch den Sonderstab, dass sie auch nicht wieder einreisen. Das ist wichtig,

(Beifall bei der CDU)

und deswegen ist die Einrichtung des Sonderstabs auch so richtig.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP meldet sich.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, es gibt weitere Wortmeldungen zu Zwischenfragen.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein, Frau Präsidentin, ich möchte im Zusammenhang vortragen.

Präsidentin Muhterem Aras: Gut. – Er lässt keine Zwischenfragen zu.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Im letzten Jahr konnte beispielsweise durch intensive Bemühungen des Sonderstabs die Abschiebung eines besonders rückfallgefährdeten iranischen Sexualstraftäters erreicht werden – ein sehr komplizierter Fall und ein Fall, in dem die hohe Gefahr bestand, dass der Täter nach der Haftentlassung erneut Sexualstraftaten zum Nachteil des früheren Tatopfers begeht. Dem Sonderstab gelang es dabei in Zusammenarbeit mit den beteiligten Behörden, zahlreiche Hindernisse für eine Rückführung zu beseitigen. So konnten ein gültiges Reisedokument beschafft, ein Flug mit Sicherheitsbegleitung und Arzt organisiert und die Person am Ende direkt aus der Haft heraus abgeschoben werden.

Sie sehen: Es werden nicht nur die Falschen abgeschoben, sondern genau die Richtigen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nicht nur, sondern auch!
– Weitere Zurufe von der SPD)

Wo auch immer wir die Möglichkeit zur Priorisierung haben, tun wir das, beispielsweise bei den Gambiern. Die Kapazitäten für Rückführungen in dieses Land sind leider Gottes beschränkt. Deshalb ist für mein Haus und mich klar: Auf die zur Verfügung stehenden Sitze im Flugzeug setzen wir mit höchster Priorität Straftäter und Gefährder und auch Menschen, die den Staat, bei dem sie um Schutz gebeten haben, über ihre Identität belogen haben. Wir priorisieren, wo wir es können.

(Zuruf: „Wo wir es können“!)

Das Aufenthaltsrecht allerdings ist Bundesrecht. Die Länder haben nur einen sehr begrenzten Spielraum innerhalb des Rahmens, den der Bund vorgibt.

Ich möchte betonen: Der Landesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, dass die den Ländern zustehenden Spielräume im Interesse der Unternehmen und der arbeitenden Geflüchteten ausgeschöpft werden. Das haben wir auch in der Vergangenheit bereits getan.

Ich möchte daran erinnern, dass wir neben dem Vorgriffserlass zur Beschäftigungsduldung vom März 2019 z. B. die Ausbildungsduldung noch einmal deutlich gestärkt und im November 2018 auf die einjährige Berufsfachschule und die Helferberufe ausgedehnt haben.

Zudem haben wir realisiert, dass auch Ausländer, die eine Einstiegsqualifizierung im Vorfeld einer qualifizierten Ausbildung absolvieren, eine Duldung bekommen können.

Bei den Koalitionsverhandlungen im Bund habe ich das Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt. Mit dem Migrationspaket werden die Belange

der Wirtschaft in vielfältiger Weise berücksichtigt und der Fachkräftezugang erleichtert.

Auch weiterhin wird das Innenministerium, wo immer Spielräume zur Verfügung stehen, diese ausschöpfen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Bei allem Verständnis für das einzelne Schicksal gilt aber auch: Baden-Württemberg ist ein Rechtsstaat, in dem Recht und Gesetz vollzogen werden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nur noch teilweise!)

Nach klaren und nachvollziehbaren Kriterien werden die Entscheidungen durch die Behörden getroffen und durch die Gerichte überprüft.

Gerade nach einigen Wortbeiträgen in der Diskussion will ich noch einmal daran erinnern: Der Rechtsstaat ist das solide Fundament unserer Demokratie, und es darf nicht der Eindruck entstehen, in diesem System herrsche eine Art von Willkür – sei es bei der Entscheidung, wer bleiben darf, sei es bei der Entscheidung, wer gehen muss. Das entbehrt jeder Grundlage; das ist schlichtweg falsch. Das ist im Übrigen auch Wasser auf die Mühlen derer, die mit Populismus und Polemik politisches Kapital aus dieser Diskussion schlagen wollen. Das sollten wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deshalb möchte ich abschließend noch einmal klarstellen: Unsere Wirtschaft, die berechtigten Interessen der Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land und auch die berechtigten Interessen von Flüchtlingen, die in Arbeit sind, sind uns wichtig. Wir nehmen sie sehr ernst; wir kümmern uns darum. Dabei halten wir uns an Recht und Gesetz, dabei stehen wir für einen funktionierenden Rechtsstaat ein.

In beiden Bereichen sind wir uns in der Landesregierung, sind wir uns in der Koalition einig. Daher gelingt es uns auch gemeinsam, zu einem Ausgleich der Interessen zu kommen, der Herz und Härte miteinander vereint, der Maß und Mitte hält.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ihnen liegt mittlerweile unser Änderungsantrag vor. Demnach wird in einem neu aufzunehmenden Abschnitt II in Ziffer 1 genau das begehrt, was hier von den Rednern der Regierungsfaktionen mehrfach angekündigt wurde, nämlich eine Änderung des Rechtsrahmens, um die Beschäftigungsduldung auszuweiten.

Warum dies bislang nicht geschehen ist, wissen wir nicht. Wir wissen aber, dass dies notwendig ist. Ich betone hier ganz

(Andreas Stoch)

deutlich: Die SPD respektiert das Recht, wie es im Bund gesetzt wurde. Ihnen allen ist klar – auch den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen –, dass die SPD in diesem Bereich, wo es gerade um die Frage der Beschäftigungsduldung ging, wo es auch um die Möglichkeit eines Spurwechsels ging, daran gescheitert ist, dass CDU und CSU vehementen Widerstand geleistet haben.

Wir brauchen mehr Offenheit in unserem Aufenthaltsgesetz und in unserem Ausländergesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Der Widerspruch wurde gerade in der Rede des Innenministers deutlich: Auf der einen Seite wird bekundet, man wolle hier eine Veränderung des rechtlichen Rahmens. Die wollen wir auch. Das scheitert aber im Bund, vor allem bei den Verhandlungen um den Migrationspakt, an CDU und CSU. Bis wir aber so weit sind, müssen wir doch das geltende Recht vollziehen. Da wurde bei den Reden der Vertreter der Regierungsfaktionen, insbesondere aber auch bei der Rede des Innenministers deutlich, dass diese Regierung offensichtlich glaubt, keine oder nahezu keine Handlungsspielräume zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir die Rechtspraxis in anderen Bundesländern anschauen, dann sehen wir, dass es Ermessens- und Handlungsspielräume gibt. Das hat übrigens auch der Ministerpräsident gestern auf einer Pressekonferenz gesagt. Wir wollen deswegen in dem nun aufzunehmenden Abschnitt II unseres Antrags, dass genau diese Handlungsspielräume genutzt werden. Wir nehmen den Vorschlag des Kollegen Weinmann von der FDP/DVP auf: mindestens sechs Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Wir wollen Menschen, die konkret den Willen zur Integration zeigen, die integrationswillig und integrationsbereit sind, und wir wollen vor allem Unternehmen, die bereit sind, hier aktiv zu werden, unterstützen. Es geht nicht an, dass wir diese Menschen abschieben. Wir brauchen diese Menschen in unserem Land. Es gibt in der Bundesregierung Parteikollegen von Ihnen – Herrn Spahn –, die nach Mexiko reisen, um Arbeitskräfte, insbesondere Pflegekräfte, anzuwerben,

(Minister Thomas Strobl: Es geht um das Asylrecht!)

und Sie reden davon, dass wir Menschen, ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Andreas Stoch SPD: ... die schon hier sind, abschieben sollen. Absurder geht es nicht! Dies ist ein Widerspruch, und es ist integrationspolitisch peinlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach meinem vorherigen Redebeitrag

habe ich jetzt auch Ihren Antrag zur Kenntnis nehmen können. Vielen Dank.

(Abg. Sascha Binder SPD: Gern!)

Wir werden diesen ablehnen.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Was?)

Sie bewegen sich da völlig im Bereich des Bundesrechts.

Zu dem, was Sie zu dem Thema Ermessen ansprechen, gibt es eine ganz klare Aussage des Herrn Innenministers. Er hat gesagt: Dort, wo Ermessen möglich ist, wird Ermessen ausgeübt und auch ausgeschöpft. Mehr brauchen wir dazu nicht.

(Abg. Daniel Born SPD: Fragen Sie doch einmal im Land nach! – Weitere Zurufe von der SPD)

Schauen Sie sich vielleicht einmal an, welche Aussagen der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag zur Wendezeit, der Theologe Professor Schröder, zum Spannungsverhältnis Barmherzigkeit und Gerechtigkeit gemacht hat: Am Ende geht es um Barmherzigkeit im Rahmen der Gerechtigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Bodelschwingh lesen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Herz und Härte durchaus auseinanderfallen können, wird z. B. dann deutlich, wenn das Innenministerium Vorschläge der Härtefallkommission zwar zur Kenntnis nimmt, aber nicht umsetzt bzw. die Vorschläge nicht ernst nimmt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Das ist ein Beleg dafür, dass Ihre Argumentation, Herr Innenminister, in sich nicht stimmig ist. Vor diesem Hintergrund ist der Änderungsantrag der SPD, den wir unterstützen werden, gerechtfertigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/7435. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7646, der Ihnen vorhin ausgeteilt wurde, vor.

Jetzt gibt es einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Wir beantragen namentliche Abstimmung.

Präsidentin Muhterem Aras: Sie haben es gehört: Es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Ich gehe davon aus, dass die vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete gegeben ist.

Wir kommen zur Abstimmung unter Einsatz der Stimmkarten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Da sieht man wenigstens genau, wer das Recht bricht! Das ist gut!)

Die Urnen werden nun jeweils auf der linken und rechten Seite der Regierungsbank aufgestellt. Ich bitte die beiden Schriftführer, Frau Abg. Seemann und Herrn Abg. Stauch, den Einwurf der Stimmkarten zu überprüfen.

Nun bitte ich die Abgeordneten, ihre mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ gekennzeichnete Stimmkarte abzugeben. Es wäre schön, wenn Sie sich zügig zu den Urnen begeben würden. Vielen Dank.

(Abgabe der Stimmkarten)

Meine Damen und Herren, ist jemand im Saal, die oder der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, das Ergebnis festzustellen. Das Abstimmungsergebnis wird nachher bekannt gegeben.

Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zum ursprünglichen Berichtsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7435 – dies wäre bei Annahme des Änderungsantrags Abschnitt I –, der für erledigt erklärt werden kann. Stimmen Sie dem zu? – Das ist der Fall.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt jetzt erst einmal unterbrochen. Denn – wie gesagt – das Abstimmungsergebnis wird nachher bekannt gegeben.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Unvereinbarkeit von Bürgermeister- und Beigeordnetenamt und Kreistagsmandat (Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/6725

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/7598

Berichterstatter: Abg. Ulli Hockenberger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Leidig.

Abg. Dr. Ute Leidig GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Zu diesem Antrag haben wir uns bereits im November 2019 ausführlich geäußert. Daher fasse ich jetzt nur das Wesentliche zusammen.

Das Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger nimmt in unserer Demokratie einen sehr hohen Stellenwert ein. Entsprechend

sensibel und mit großen Mehrheiten sollten wir agieren, wenn hieran Änderungen vorgesehen sind.

Was uns von der AfD vorgelegt wird, ist kein konstruktiver Beitrag zur Debatte, ob Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Kreistagen angehören sollten. Es ist ein unausgeglichener Schnellschuss, der sich nicht sorgfältig mit Vor- und Nachteilen und Alternativen auseinandersetzt.

In vielen Kreistagen gibt es eine hohe Anzahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Es ist allgemein bekannt, dass Teile unserer Partei dies durchaus kritisch sehen. Wir sind jedoch bereit, dennoch eine konstruktive Debatte darüber zu führen und Pro- und Kontra-Argumente sorgfältig abzuwägen. Dazu gehört auch, die aktuelle rechtliche Debatte und die Bedenken in den einzelnen Ländern einzubeziehen.

Wir sehen, dass eine große Kompetenz vorhanden ist, bei allen Kreisräten, aber ganz besonders auch bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die durchaus sehr viel Erfahrung, auch Verwaltungserfahrung, in die Kreisräte einbringen können. Dementsprechend haben sich auch die kommunalen Landesverbände ganz klar dafür ausgesprochen, diese Erfahrung weiter in den Kreisräten zu nutzen und auf keinen Fall einen Ausschluss vorzunehmen. Auch die Wahlergebnisse zeigen, dass eine Repräsentanz von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den Kreisen gewünscht wird.

Neben alledem steht, dass durchaus auch Interessenkollisionen vorhanden sein können. Das können wir nicht von der Hand weisen. Mögliche Konfliktbereiche liegen in der Ausgestaltung der Kreisumlage, der Regionalplanung sowie in der Übernahme von Leistungen bzw. den dem Kreis obliegenden Ausgleichs- und Ergänzungsaufgaben.

Daher sieht das Grundgesetz in Artikel 137 ausdrücklich die Möglichkeit vor, Einschränkungen vorzunehmen. Rechtlich ist das allerdings ziemlich komplex. Neuere Gerichtsurteile in Brandenburg und Niedersachsen erlauben Vorschriften zur Inkompatibilität und überlassen es der politischen Abwägung. Es gibt aber auch gewichtige Stimmen in der Rechtswissenschaft, die das völlig anders sehen. Eine endgültige Klärung steht hier noch aus. Daher ist unser Ansatz, tatsächlich erst einmal zu schauen, ob es auch mildere Möglichkeiten gibt,

(Abg. Emil Sänze AfD: „Mildere“!)

Mitwirkungs- und Befangenheitsrechte auszuloten und so die Interessenkonflikte zu minimieren.

Diese gesamte Abwägung hat nicht stattgefunden.

(Abg. Emil Sänze AfD: Muss ja auch nicht!)

Dazu kommt – das ist wirklich ein ganz kritischer Punkt –, dass der Gesetzentwurf der AfD keine Übergangsvorschriften vorsieht. In der Folge würde es zu einem völligen Ungleichgewicht im kommunalpolitischen Gefüge kommen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass das Gesetz sofort in Kraft treten soll – und das gerade einmal ein gutes halbes Jahr nach der Kommunalwahl.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Da haben wir fünf Jahre Zeit!)

(Dr. Ute Leidig)

Was würde das denn jetzt bedeuten? Sollen wir sofort wieder eine Kommunalwahl durchführen? Oder sollen die gewählten Kreisräte und Kreisrätinnen, die gleichzeitig Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sind, Räte bleiben, obwohl das Gesetz etwas anderes vorsieht, und das über einen Zeitraum von vier Jahren?

Uns ist es wichtig, tatsächlich wertschätzend mit den Menschen, die uns in den Kreisräten vertreten, umzugehen. Uns ist es wichtig, dass wir einen respektvollen Umgang pflegen. Daher werden wir diese Vorlage ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hockenberger.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Kurze Rede, hoffe ich!
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir klatschen schon einmal! – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Abg. Ulli Hockenberger CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon verdammt schwer, zu einem Gesetzentwurf etwas zu sagen, zu dem es nichts mehr zu sagen gibt, weil schon alles gesagt ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gut so! – Zurufe von der AfD)

Deswegen hat die Fraktion auch mich ausgewählt, um kurz und trocken noch einmal unsere Position zu formulieren.

Ich erinnere an die erste Lesung. Wir haben die handwerklichen Unzulänglichkeiten kritisiert: Wählbarkeit wird mit Hinderungsgründen in einen Topf geworfen und durcheinandergebracht. Wir haben die allgemeinen Sorgen, Nöte, Befürchtungen, Bedenken, Unterstellungen, Vermutungen angehört. Der Beweis auch nur einer dieser Unterstellungen ist nicht erbracht worden.

Mein geschätzter Kollege Rainer Hinderer hat dies in einer wunderbaren Formulierung zusammengefasst – ich bedaure sehr, dass sie mir nicht selbst eingefallen ist –:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

„reichlich viele Konjunktive“.

Meine Damen und Herren, das Leben findet bekanntermaßen nicht im Konjunktiv statt; es findet einfach statt. Wahlen finden auch statt, und das Leben hat immer recht, und der Wähler hat immer recht mit der Wahrheit, die er uns in die Wahlurne legt.

Deswegen halten wir nichts von einer übertriebenen Ausdehnung von Inkompatibilitätsregelungen,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

die die Wahlfreiheit des Wählers einschränken.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Kenner SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Hervorragend!)

Wir vertrauen dem Wähler, weil der Wähler genau weiß, was er will und wen er will. Wenn es noch eines Beweises bedurft

hätte, dann hätte diesen die letzte Kreistagswahl erbracht. Viele Bürgermeister sind wiedergewählt worden; darüber habe ich mich gefreut. Manche sind nicht wiedergewählt worden; darüber bin ich traurig. Es ist aber halt so,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist Demokratie!)

weil der Wähler genau dies gewollt hat. Er geht mit diesem Vertrauensvorschuss verantwortlich um.

Wer dann im Innenausschuss erwartet hat, dass es weitere Erkenntnisse gibt, wurde bitter enttäuscht. Es gab lediglich eine verzweifelte Bitte der AfD, der Herr Innenminister möge sich noch einmal „aktuell positionieren“. Weil der Herr Innenminister ein freundlicher Mensch ist, hat er sich noch einmal aktuell positioniert,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

indem er genau das vorgetragen hat, was er am 6. November 2019 schon einmal gesagt hat. Kein Wunder: Wenn eine Geschichte alt ist, gibt es auch nichts Neues dazu zu erzählen, und da wird es auch nicht besser.

Ich verweise deswegen noch einmal auf die ablehnenden Haltungen der kommunalen Landesverbände und fasse zusammen: Bürgermeister und Beigeordnete müssen nicht in Kreistagen sein. Sie sollen es aber dann sein dürfen, wenn der Wähler das will. Das nennt man Demokratie.

Damit komme ich schon zum Schluss meiner Ausführungen und zitiere meinen geschätzten Kollegen Karl Klein, unseren Ausschussvorsitzenden, der im Innenausschuss die bestehende Regelung als „Glücksfall“ bezeichnet hat. Genau so ist es.

Den Rest meiner Redezeit, weil ich den Wettlauf gegen die Zeit heute ausnahmsweise einmal gewonnen habe, schenke ich mir und Ihnen. Wir lehnen das Gesetz wegen absoluter Verzichtbarkeit ab.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der geschätzte Kollege Hockenberger mich zitiert hat und damit natürlich recht hat,

(Heiterkeit des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

kann ich ihn auch zitieren: Es gibt zu diesem Gesetzentwurf der AfD in der Tat so gut wie nichts mehr zu sagen.

(Zuruf: Wir sind keine Verhinderer!)

Ich schließe mich dem an.

Die Ausschussberatungen haben keinerlei weitere und neue Erkenntnisse gebracht – mit einer Ausnahme: Zur Ausschussberatung lagen uns dann zwischenzeitlich auch die Anhörungsergebnisse vor. Die kommunalen Landesverbände haben Stellung bezogen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

(Rainer Hinderer)

Ich erlaube mir, aus zwei Stellungnahmen kurz zu zitieren. Der Landkreistag sagt:

Echte Interessenkollisionen werden bereits heute und in ausreichendem Umfang durch Mitwirkungsverbote und Befangenheitsregeln ausgeschlossen. Eine institutionelle Unvereinbarkeit von Bürgermeister- und Beigeordnetenamt einerseits und Kreistagsmandat andererseits wäre in dieser Hinsicht jedenfalls überschießend.

Das sehen wir genauso.

Eine Stellungnahme des Städtetags – Kolleginnen und Kollegen von der AfD, diese können Sie sich gern ins Stammbuch schreiben –:

Wer aus Furcht vor angeblichen Abhängigkeiten glaubt, Wahlberechtigten vorschreiben zu müssen, wen sie wählen dürfen, zeigt fehlendes Vertrauen in das demokratische Gemeinwesen. Hierfür besteht kein Anlass.

(Lachen des Abg. Emil Sänze AfD)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Klos das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Hinderer, gerade bei der Kreisumlage entscheiden die Bürger schon! – Unruhe)

Abg. Rüdiger Klos AfD: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihr Hinweis auf die Stellungnahme der kommunalen Landesverbände zeigt: Sie haben nichts verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei der SPD)

Sie sind parteiisch, weil die Verbände mit Bürgermeistern und Landräten besetzt sind – was Sie eigentlich wissen müssten. Aber Kenntnis und Sachverstand einerseits, Rot-Grün andererseits – bitte nennen Sie weitere Gegensätze.

Meine Damen und Herren, nichts eignet sich besser, um das Ausmaß an Inkompetenz, Verfilzung und Hinterzimmerabsprachen bei den Kartellparteien aufzuzeigen, als diese Gesetzesinitiative meiner Fraktion. Mit diesem Gesetzentwurf bekämpfen wir präventiv mögliche Verfilzungen, mögliche Interessenkonflikte, die aus der Personalunion von Bürgermeisteramt und Kreistagsmandat drohen, wenn Bürgermeister sich selbst kontrollieren.

Besonders erheiternd ist, dass früher SPD, Grüne und FDP entsprechende Initiativen vorgelegt hatten.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Jetzt kritisieren Sie mit einer Empörungsrhetorik wie, unsere Begründung sei – Zitat – „voller Konjunktive“, wie – Zitat –: „Des Weiteren ergibt sich die Gefahr ...“. Der Hinweis auf eine Gefahr ist also schädlich? Das Kind muss zuerst in den

Brunnen fallen, bevor man die Gefahr beseitigen darf? Ja, dass die etablierten Parteien so Politik machen, wissen wir aus leidvoller Erfahrung. Aber dem Land wird das weder gerecht, noch tut es ihm gut.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Unsere Gesetzesinitiative zeigt es: Wir, die AfD, erfüllen unsere Aufgabe als Volksvertreter. Wir benennen potenzielle Gefahren und begegnen ihnen. Wir zeigen Lösungsmöglichkeiten auf.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die AfD-Politik ist vorausschauend und problemlösend, Ihre ist problemerzeugend.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie versuchen sich immer damit herauszureden, dass Sie es nicht haben kommen sehen. Sogar der Ministerpräsident – aha, mal wieder abwesend – tut dies, indem er erklärt, er habe nicht geahnt, was er mit seinem Gerede über Fahrverbote an Vermögensschäden bei den Besitzern von Altdieselfahrzeugen anrichten würde. Aber der Ministerpräsident denkt natürlich nicht daran, Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten. Dabei könnte er sich doch ein Beispiel an den grünen Ministern nehmen, die ihm jetzt vorausgehen. Herr Ministerpräsident: Einfach den Stapfen der Gescheiterten folgen. Ein kleiner Schritt für Sie, ein großer Schritt für Baden-Württemberg.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Sie haben keine Argumente gegen unsere Initiativen, nur Floskeln; Sie reden von „unausgegorenem Schnellschuss“ und meinen damit sicherlich Ihre Politik der unsicheren Grenzen, die Sie alle zu verantworten haben. Damit meinen Sie den Bruch unseres Grundgesetzes, die Zerstörung unserer Automobilindustrie, die Zerstörung unserer Zulieferindustrie,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Können wir noch was zu den Bürgermeistern hören?)

den katastrophalen Zustand unserer Infrastruktur, die maroden Staatsfinanzen, fehlende innere Sicherheit und die Ergebnisse einer Bildungspolitik, die dazu geführt hat, dass bald jede Steckdose intelligenter ist als die Schulabgänger in unserem Land.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Unruhe)

Sie haben den Satz des Bundespräsidenten bestätigt:

Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht.

Mal nebenbei: Wo ist denn der frühere grüne Minister für den ländlichen Raum? Wieso schweigt denn die grüne Fraktion plötzlich, warum ist es da so verdächtig still?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weil niemand da ist!)

Weil 2,7 Milliarden € Steuergelder zweckentfremdet wurden, um eine Stiftung zu gründen mit Versorgungsposten für abgehalfterte Altparteiler. Und der Generalsekretär dieser Stiftung

(Rüdiger Klos)

ist der frühere grüne Minister Bonde. Aber jetzt kommt der Knaller:

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt?)

Zugangsvoraussetzung für die Position dieses Generalsekretärs waren ein abgeschlossenes Studium und möglichst eine Promotion. Beides hat er nicht. Dennoch bekam er den Posten zugeschustert. Das ist Verfilzung in Reinkultur.

Wir glauben Ihnen kein Wort, wenn Sie erklären,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber der Herr Bonde war überhaupt kein Bürgermeister!)

es gebe keine Verfilzung. Die Geschichte dieses Landes, die Geschichte der Bundesrepublik zeigt es: Verfilzung ist die Methode der Altparteien.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden diese Verfilzung in Regierungsverantwortung beenden.

Wo ist denn der ehemalige Superminister der SPD, Nils Schmid?

(Zurufe von der SPD: Im Bundestag!)

Seit der letzten Landtagswahl war er hier im Plenum auf einem Versorgungsposten mit Steuergeldern geparkt. Das ist schwerster Missbrauch von Steuergeldern. Keine Tätigkeit im Landtag; man konnte förmlich sehen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was labern Sie? Er war gewählter Abgeordneter!)

wie er die Stunden zählt, bis er endlich Richtung Bundestag gehen und den Ort seiner Niederlage verlassen kann.

(Unruhe)

Wir werden dafür sorgen, dass solche Schweinereien nicht mehr passieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So ein Blödsinn! – Abg. Andreas Stoch SPD: Was wollen Sie?)

Und dann sage ich Ihnen eines: Frau Warminski-Leitheußer? Messer in den Rücken gestochen

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie sollten Ihre Stimme etwas senken!)

aus den eigenen Reihen, dass das Blut nur so gespritzt ist. Wenn man eine Frau ist, sollte man wohl aufpassen, dass nicht jemand mit einem Namen, der Ähnlichkeit mit „Stich“ hat, hinter einem steht.

Meine Damen und Herren, das alles passiert, wenn es keine Gewaltenteilung, keine Compliance, keine effektive Kontrolle mehr gibt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gibt es da Medizin?)

Rot und Grün sind auf dem Weg, unser Land auszuplündern. Da muss man Anstand und Moral mit dem Elektronenmikroskop suchen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Eijejei!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weinmann.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag des Kollegen Klos zeigt deutlich, worum es der AfD bei diesem Gesetzentwurf tatsächlich geht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Klüngelei verhindern!)

Denn der Versuch der AfD, ein gesellschaftliches Klima des Misstrauens gegen gewählte Mandatsträger zu schüren, muss fehlgehen. Tatsächlich leisten die Mitglieder des Kreistags aus unserer Sicht eine gute und professionelle Arbeit. Das gilt sowohl für die hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Beigeordneten als auch für politisch ehrenamtlich tätige Kreistagsmitglieder. Ein Anlass für eine gesetzgeberische Korrektur besteht nicht.

Denn tatsächlich wird durch die Mitwirkung der Bürgermeister und Beigeordneten die Arbeit der Kreistage gefördert und profitieren diese davon, da die Bürgermeister und Beigeordneten über einen großen Sach- und Fachverstand verfügen.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Und sich dann selber kontrollieren!)

Eine Interessenkollision ist eben nicht gegeben, da bestehende Mitwirkungsverbote und Befangenheitsregelungen dem entgegenwirken.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie wollten es doch selbst ändern!)

In der Tat: Damit ist alles gesagt. Diesem Gesetzentwurf können wir nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Der war gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Gesetzentwurf der AfD-Fraktion nun in der zweiten Lesung behandelt wird und wir auf die Beratung im Innenausschuss zurückblicken können, stelle ich aus Sicht des Innenministeriums fest, dass unsere Argumente, die gegen die Einführung einer solchen Inkompatibilitätsregelung sprechen, Bestätigung erfahren haben.

Bürgermeister bringen als Kreisräte Sachverstand, Wissen und Erfahrung in den Kreistag ein, was die dortige Arbeit bereichert. Sie stärken darüber hinaus die Balance zwischen Kreisinteressen und Gemeindeinteressen. Die Mitgliedschaft von Bürgermeistern im Kreistag entspricht offensichtlich auch den Wünschen und Vorstellungen vieler Wählerinnen und Wähler, die Bürgermeistern bei der Kreistagswahl ihre Stimme geben – darauf hat Abg. Ulli Hockenberger zu Recht hingewiesen –, und das bei einer großen Anzahl von Kandidatinnen

(Minister Thomas Strobl)

und Kandidaten, die nicht Bürgermeister sind. Es gibt also für die Wählerinnen und Wähler eine große Auswahl.

Die kommunale Familie in Gestalt des Gemeindetags, des Städtetags, des Landkreistags lehnt die von der AfD vorgeschlagene Änderung ebenfalls ab. Aus unserer Sicht gibt es also nach wie vor keine überzeugenden Gründe, die von der Fraktion der AfD vorgeschlagene Rechtsänderung zu beschließen.

Die Erste Beratung und die Behandlung im Innenausschuss haben übrigens gezeigt, dass die anderen Fraktionen das Ansinnen der AfD-Fraktion ebenso nicht teilen. Es ist also allein die AfD, die den AfD-Antrag gut findet.

Abg. Weinmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Rede des Abg. Klos schon tiefer blicken lässt, worum es der AfD mit ihrem Antrag im Grunde geht.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wir räumen auf!)

Es geht ihnen mit diesem Antrag auch darum, unsere parlamentarische Demokratie, unsere Demokratie in den Kreistagen zu diskreditieren. Das ist einfach zurückzuweisen.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Verfilzung stoppen! – Weitere Zurufe)

– Ja, das Wort „Verfilzung“ ist eine Diskreditierung, und das erheben Sie hier ohne jede Substanz. Ich habe Respekt vor denen, die ehrenamtlich im Kreistag, in den Gemeinderäten sitzen. Das gilt auch für die Bürgermeister in den Kreistagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Es geht nicht darum, sie zu diskreditieren, sondern ihnen Dankbarkeit und Respekt für ihre ehrenamtliche Tätigkeit entgegenzubringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bernd Gögel AfD: Aber die Bürgermeister doch nicht!)

– Diese sitzen ebenfalls ehrenamtlich im Kreistag; ja natürlich.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Die haben ihre Lohnfortzahlung, während die anderen Arbeitnehmer das nicht haben! Die Chancengleichheit ist doch gar nicht gewährt!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gögel, nicht Sie haben das Rederecht, sondern Herr Minister Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Fraktionsvorsitzender Gögel, den Antrag kann man in der Sache stellen, aber die Rede, die Ihr Abg. Klos gehalten hat, die kann man so nicht halten. Das ist der Punkt, auf den Herr Weinmann richtigerweise hingewiesen hat.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Abg. Hockenberger hat gesagt, der Antrag sei abzulehnen wegen absoluter Verzichtbarkeit. Das war wirklich eine philoso-

phische Weisheit aus Bruchsal, die ich ergänzen möchte mit einem Satz von Montesquieu, der vor einigen Hundert Jahren schon gesagt hat:

Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.

In diesem Sinn. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6725. Der Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/7598, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Damit sind Sie einverstanden. Vielen Dank. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/6725 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung ist erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe nochmals **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Ausübung des Ermessens hinsichtlich einer Duldung für gut integrierte Asylsuchende – Drucksache 16/7435

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] unterhält sich hinter den Schriftführerplätzen mit einem Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner! – Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/7646, bekannt:

An der Abstimmung haben sich 130 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 101 Abgeordnete gestimmt; enthalten haben sich zwei Abgeordnete.

Dieser Antrag ist damit abgelehnt.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Nicolas Fink, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Sabine Wölflle.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Rudi Fischer, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Hans-Peter Behrens, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärl Mielich, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Dr. Alexander Becker, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinda Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Isabell Huber, Karl Klein, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Julia Philippi, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razaavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Doris Senger, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Heinrich Fiechtner, Dr. Wolfgang Gedeon, Harald Pfeiffer.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

GRÜNE: Hermann Katzenstein, Manfred Kern.

*

Somit ist Tagesordnungspunkt 1 insgesamt erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes BW – Drucksache 16/7511

Das Wort zur Begründung durch die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Wolf.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht hat der irische Schriftsteller und Satiriker Swift die seit dem Referendum im Vereinigten Königreich über die Mitgliedschaft in der EU am 23. Juni 2016 vergangene Zeit gemeint, als er folgenden Satz prägte:

Fantasie ist die Gabe, unsichtbare Dinge zu sehen.

Jahrelang war für Großbritannien, die übrigen EU-Mitgliedsstaaten, aber auch für den Rest der Welt nicht abzusehen, wann und in welcher Form der Austritt Großbritanniens aus der EU Realität werden würde. Der Austritt blieb für viele ein Gedankenspiel.

Natürlich sind auch am heutigen Tag längst nicht alle Fragen rund um den Brexit beantwortet. Sicher ist jedoch: Großbri-

tannien wird mit Ablauf des 31. Januar als erster Mitgliedsstaat in der Geschichte die Europäische Union verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Great Britain! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist keine Fantasie mehr notwendig: Was für lange Zeit nur in den Vorstellungen der Menschen existierte, wird nun Wirklichkeit.

Sie alle wissen – ich glaube, ich spreche für viele in diesem Hause –: Ich bedaure diese Entwicklung.

(Zuruf von der AfD: Blödsinn!)

Aber nach jahrelangem zähen Ringen und der damit verbundenen Unsicherheit, die der Austrittsprozess für alle Beteiligten gebracht hat, überwiegt jetzt erst mal die Erleichterung. Das Austrittsabkommen ermöglicht durch die Übergangsphase bis Ende dieses Jahres einen geregelten Brexit und damit Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft.

Das neue Austrittsabkommen wird nach dem letzten Schritt im Ratifizierungsprozess, der Zustimmung des Europäischen Parlaments am heutigen Tag, am 1. Februar 2020 in Kraft treten. Das Vereinigte Königreich wird während der nun anstehenden Übergangsphase einem EU-Mitgliedsstaat gleichgestellt, allerdings ohne Beteiligungsrechte in den EU-Organen innezuhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir in Baden-Württemberg haben uns mit Blick auf den Brexit nicht nur auf unsere Fantasie verlassen. Der Landtag hat bereits im Februar 2019 das Brexit-Übergangsgesetz für Baden-Württemberg beschlossen, zu jener Zeit noch im Hinblick auf das Ende der damaligen Austrittsfrist zum 31. März 2019.

Wie Sie alle wissen, sieht unser Brexit-Übergangsgesetz vor, den im Austrittsabkommen vereinbarten Übergangszeitraum in baden-württembergisches Recht zu übertragen. Das Vereinigte Königreich wird damit auch bei uns weiter als EU-Mitgliedsstaat gelten, mit Ausnahme des Rechts für britische Bürgerinnen und Bürger, an Kommunalwahlen in Baden-Württemberg teilzunehmen.

Das im Februar 2019 beschlossene Gesetz nimmt in seiner jetzigen Fassung – wie soll es anders sein? – Bezug auf das unter Premierministerin Theresa May ausgehandelte Abkommen. Da Premierminister Boris Johnson im Oktober ein neues Austrittsabkommen mit der EU verhandelt hat, um die Backstop-Regelung an der irisch-nordirischen Grenze neu zu fassen, wird auch eine Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes für Baden-Württemberg erforderlich.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die starre Verweisung auf das nun überholte May-Abkommen in eine gleitende Verweisung auf das neue Johnson-Abkommen zu ändern. Es handelt sich daher um eine formale technische und keine inhaltliche Änderung. Der Bundestag hat eine formale Anpassung des Brexit-Übergangsgesetzes des Bundes vorgenommen. Andere deutsche Länder verfahren in gleicher Weise.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige grundlegende Bemerkungen. Am Samstag beginnt ein neuer Ab-

(Minister Guido Wolf)

schnitt in der Beziehung zwischen der Europäischen Union und Großbritannien. Premierminister Johnson hat sich – so ist es zu lesen – für eine weniger enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ausgesprochen, als es das May-Abkommen vorgesehen hat. Es kommt jetzt für die Europäische Union, aber auch für den Bund und die Länder darauf an, in der Sache hart, doch mit Blick auf die enge Zusammenarbeit mit Großbritannien auch fair zu verhandeln.

Ich jedenfalls bin voller Zuversicht, und das aus mehreren Gründen. Michel Barnier wird die Verhandlungen auf EU-Ebene weiterhin betreuen. Mit ihm haben wir einen Brexit-erprobten Chefunterhändler in unseren Reihen. Außerdem werden sich die EU-27 innerhalb der neu aufgebauten Struktur in Brüssel eng abstimmen. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, was die sicherlich intensiven Verhandlungen in der Bundesregierung, aber auch im Länderkreis anbelangt.

Was zu erwähnen mir als Landesminister besonders wichtig ist, da mir die Mitwirkung Baden-Württembergs am Herzen liegt: Über den Bundesrat sollen wieder zwei Länderbeauftragte zur Begleitung der Verhandlungen bestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verhandlungen werden auch für uns hier in Baden-Württemberg entscheidend. Wir haben ein großes Interesse an einem engen Austausch mit Großbritannien, insbesondere bei der Innen- und Sicherheitspolitik sowie mit Blick auf die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen und Fragen der Wissenschaftspolitik. Das Vereinigte Königreich fokussiert sich momentan stark auf Handelsfragen. Eine Priorisierung der anderweitig zu regelnden Bereiche ist Stand heute aber noch nicht vorgesehen.

Da Premierminister Johnson eine über den 31. Dezember 2020 hinaus verlängerte Übergangsphase ausschließt, haben Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wie auch Michel Barnier bereits völlig zu Recht deutlich gemacht, dass nunmehr Priorisierungen notwendig werden. Denn eines müssen wir uns weiterhin bewusst machen: Bei einem Scheitern der Verhandlungen droht Ende des Jahres ein No-Deal-Verhältnis und ein Zurückfallen auf WTO-Niveau. Das kann niemand, das kann keiner der Beteiligten wirklich wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es bei den Beratungen zum ursprünglichen Brexit-Übergangsgesetz gesagt und wiederhole es gern: Dieses Jahr wird zeigen, ob es uns gelingt, gemeinsam mit den Briten zu verhindern, dass der Brexit nur Verlierer kennt. Mit der Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes leisten wir erneut unseren Beitrag, um einen geregelten Brexit zu ermöglichen. Wenn es anders kommt, werden wir reagieren. Baden-Württemberg ist vorbereitet auf den Brexit, wie auch immer er am Ende aussehen wird.

Ich will zum Abschluss meiner Rede nochmals betonen: Wir bedauern diesen Schritt Großbritanniens, aber wir sehen jetzt die Verantwortung für die Zukunft, das Beste daraus zu gestalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Kollegin Saebel.

Abg. Barbara Saebel GRÜNE: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Brexit – eine gefühlt unendliche Geschichte, wenngleich keine erfreuliche. Als wir vor knapp einem Jahr das Brexit-Übergangsgesetz Baden-Württemberg beschlossen hatten, war der weitere britische Weg noch sehr unklar. Die Wahl von Boris Johnson und die Regierungsumbildung schufen nun zumindest klarere Bedingungen.

Mit dem vorliegenden Gesetz zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes Baden-Württemberg wollen wir den bei uns lebenden britischen Staatsangehörigen Sicherheit verschaffen und auch bei unserer eigenen Wirtschaft für Sicherheit sorgen, dass sich zumindest nach dem offiziellen Brexit in zwei Tagen bis zum Ende der Übergangszeit am 31. Dezember 2020 nichts ändert. Einzige Ausnahme: Das aktive und das passive Wahlrecht für Gemeinderat und Kreisrat enden für britische Bürger, die keine weitere EU-Staatsangehörigkeit besitzen, schon zum 31. Januar.

Mittlerweile haben beide Kammern des britischen Parlaments dem Brexit-Gesetz zugestimmt. In einem Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 2020 wird Great Britain weiterhin wie ein Mitgliedsstaat der EU behandelt – mit Zollunion und Gemeinsamen Markt. Das gibt uns etwas Zeit zur Regelung der künftigen Beziehungen, was für beide Seiten sinnvoll ist. Denn seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 brachen die Südwestexporte nach Großbritannien um fast ein Drittel ein.

Neben dem finanziellen ist auch ein großer Vertrauensschaden entstanden. Die Auswirkungen des Brexit-Deals von Johnson sind auch heute noch nicht ganz absehbar. Wird am Ende aus einem Großbritannien in der EU ein England ohne Schottland, vielleicht ohne Wales?

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Aber nehmen wir die Auswirkungen für uns in den Blick. Wenn nicht rechtzeitig ein Freihandelsabkommen abgeschlossen wird, müssen baden-württembergische Unternehmen mit Zöllen, Handelsbeschränkungen und viel Bürokratie rechnen. Bei administrativen Prozessen wollen wir deshalb eng zusammenarbeiten, z. B. beim Mehrwertsteuerausgleich im grenzüberschreitenden Handel.

Wir wollen weiterhin enge Beziehungen zu Großbritannien. Aber wir wollen unsere sozialen und unsere Umweltstandards nicht zur Disposition stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Boris Johnson hat schon angekündigt, dass er mit Blick auf Umwelt- und Verbraucherschutzstandards die EU in einen Wettbewerb nach unten treiben möchte. Dem müssen wir entgegensteuern. Deutschland übernimmt im kommenden Sommer für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft. Genau dann werden die Details geklärt. Wir stehen zu unseren Arbeits- und Sozialrechten, zu unseren Umwelt- und Verbraucherschutzstandards.

(Barbara Saebel)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Der Brexit bedeutet auch einen Einschnitt in der erfolgreichen europäischen Forschungszusammenarbeit und im Studierendenaustausch. Auch hier braucht es neue Vereinbarungen, damit die nächste Generation der Wissenschaftler und der Studenten in unserem Land diesen intensiven Austausch fortsetzen kann.

Die EU will auf dem Weg zur Klimaneutralität mit ihrem Green New Deal Importe mit einem CO₂-Grenzausgleich belegen. Im besten Fall schließt sich Großbritannien diesem Vorhaben an.

Es wird insgesamt schwer sein, innerhalb von nur elf Monaten ein Abkommen zu verhandeln. Notfalls muss wohl die Übergangsregelung verlängert werden.

Herausfordernd wird für uns auch der neue Mehrjährige Finanzrahmen der EU. Wenn die Briten nicht mehr einzahlen, bedeutet die aktuelle deutsche Position – das Beharren auf 1,07 % der europäischen Gesamtwirtschaftsleistung – eine Kürzung des EU-Haushalts. Gleichzeitig aber soll die EU mehr Aufgaben übernehmen, so beim Klimaschutz, bei Innovationen, beim Grenzschutz und bei der Verteidigung. Wir Grünen hoffen, sie wird dafür auch finanziell entsprechend aufgestellt.

Hoffnungsvoll stimmt mich, dass sich die britische Regierung beim Weltwirtschaftsgipfel letztes in Davos in strategischen Fragen doch wieder an Europa orientierte. So will sie wie die EU amerikanische Internetkonzerne wie Google und Facebook steuerlich zur Kasse bitten. Auch beim Atomabkommen mit dem Iran hält Großbritannien – zumindest bisher – zu Europa. Für den britischen Schatzkanzler Javid steht das Freihandelsabkommen mit der EU prioritär vor dem Deal mit den USA.

Ich freue mich nun auf die Diskussion im Europaausschuss zu diesem Gesetzesvorhaben und möchte schließen mit einem Zitat von William Shakespeare, das die britische Situation vielleicht ganz gut schildert:

Glücklich bist du nicht: Was du nicht hast, dem jagst du ewig nach, vergessend, was du hast ...

– im britischen Fall: hattest.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU hat Herr Kollege Joachim Kößler das Wort.

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lange war es ein Drama ohne Ende. Kaum ein Tag verging, an dem nicht ein weiterer Akt des britischen Dramas vonstattenging. Nun steht es deutlich fest,

(Abg. Anton Baron AfD: Deutlich! Sehr deutlich!)

aber es herrscht noch immer eine Lähmung und Ungewissheit angesichts dessen, was kommen mag.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Für die Landesregierung!)

– Kollege Schweickert. – Populismus, von dem wir heute Morgen natürlich schon einiges mitbekommen haben, hat dazu geführt, dass Britannien zu seinem Schaden aus der EU austritt.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau, deswegen wurde mit über 50 % dafür gestimmt! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir müssen dafür sorgen – hier im Land und in ganz Deutschland –, dass es keine Diskussion über einen „Dexit“ gibt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das können wir ja ändern, Herr Kollege! Das können wir ändern!)

Wir wollen, dass Deutschland, dass Baden-Württemberg in der EU bleibt.

Meine Damen und Herren, der 31. Januar ist ein historischer Tag. Nach 47 Jahren Mitgliedschaft in der Gemeinschaft verlässt Britannien die EU. Natürlich ist das ein trauriger Tag für ganz Europa. Europa wird sich ändern. Das wird viele Folgen haben, und wir müssen dafür sorgen, dass wir einiges davon abfedern können.

Schauen wir uns kurz einmal die wirtschaftlichen Folgen dieses Brexits an. Man muss wissen, dass die Wirtschaftskraft Großbritanniens der Summe der Wirtschaftskraft der 18 kleinsten Länder in der EU entspricht. Es wird uns alle wirtschaftlich treffen, auch Baden-Württemberg. Natürlich wird es Britannien treffen. Es gibt dort auf mittlere Sicht Wachstumsverluste und Einkommensverluste für die Bürger.

(Abg. Anton Baron AfD: Nach welcher Quelle?)

Es dürften weniger Direktinvestitionen nach Britannien fließen. Man sieht schon jetzt, dass Direktinvestitionen im restlichen Europa zunehmen.

Auch wir in Deutschland werden betroffen sein. Vom ifo-Institut gibt es Untersuchungen, wonach wir Wachstumseinbußen zwischen 0,11 und 0,23 % hinnehmen müssen. Das wird auch Baden-Württemberg betreffen. Schon in den letzten drei Jahren hatten wir bei den entsprechenden Exporten einen Einbruch um 32 %. Ausschlaggebend dafür ist unsere exponierte Stellung bei Exporten in den Bereichen Automobile und Pharma.

Vor Kurzem hat die Wirtschaftsministerin in Baden-Württemberg bekannt gegeben, dass ungefähr 70 000 Arbeitsplätze vom Export nach England abhängig sind. Sie sind im Augenblick nicht in Gefahr, aber wir müssen einiges tun, damit das so bleibt.

Wir brauchen dringend ein Handelsabkommen, ein faires Handelsabkommen mit Britannien. Dieses Handelsabkommen muss allen Voraussetzungen entsprechen, dass der Handel gut weitergeht. Gründlichkeit muss dabei vor Schnelligkeit gehen. Wir brauchen für unsere Wirtschaft Sicherheit für die Zukunft.

(Joachim Kößler)

Meine Damen und Herren, damit wird klar, dass uns der Brexit sehr trifft. Wir müssen dafür sorgen, dass wir dies alles abfedern. Von Friedrich Dürrenmatt stammt der Satz:

Was alle angeht, können nur alle lösen.

Ich danke der Landesregierung, dass sie sehr frühzeitig ein Folgenabschätzungsgutachten erstellt hat und sehr frühzeitig ein Übergangsgesetz geschaffen hat. Wir brauchen Rechtssicherheit für die Wirtschaft in Baden-Württemberg. Nur Sicherheit sorgt für eine gute Entwicklung.

Meine Damen und Herren, der Brexit ist nicht mehr abwendbar. Es ist schade – für uns alle –, aber jetzt kommt es darauf an, dass wir in einer schwierigen Verhandlungsrunde zu guten Ergebnissen kommen. Hierfür wünsche ich uns gute Nerven und viel Mut.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD spricht Herr Abg. Fink.

Abg. Nicolas Fink SPD: Guten Morgen, Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch im neuen Jahr unterhalten wir uns wieder über den Brexit. Geändert hat sich aber ein bisschen was: Mittlerweile gibt es einen Fahrplan für die Trennung. Ein Satz, den man bei einer Trennung oft hört, lautet ja: „Wir können doch gute Freunde bleiben.“ In diesem Fall müssen wir alles dafür tun, dass dieser Satz – ausnahmsweise – ernst gemeint ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Denn auch im neuen Jahr hat sich eines nicht geändert: Der Brexit ist und bleibt ein schwerer Fehler.

Wir müssen jetzt gemeinsam schauen, dass wir das Beste daraus machen. Aber warum ist denn dieser Brexit ein so schwerer Fehler? Ganz einfach deshalb, weil der Brexit für ein Zurück in die Nationalstaaten steht. Dieses Zurück in die Nationalstaaten führt zu Egoismus, dieser Egoismus führt zu Konflikten, und Konflikte zwischen Nationalstaaten führen am Ende immer zu Auseinandersetzungen und im schlimmsten Fall zu Krieg.

(Zuruf von der AfD: Für die SPD offenbar!)

Das klingt ein bisschen wie eine Weisheit von Meister Yoda aus „Star Wars“. Aber es hat in diesen Tagen einen besonders ernstesten Hintergrund, wenn wir uns nämlich vor Augen führen, wozu ein solcher Nationalismus im schlimmsten Fall führen kann. Deshalb ist es unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Populisten und Nationalisten nicht Wahlen gewinnen, wie sie es beim Brexit getan haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Nun haben wir in Baden-Württemberg auch die Aufgabe, damit umzugehen. Politik hat da mehrere Handlungsfelder. Zum einen geht es um den rechtlichen Rahmen, den wir abstecken müssen. Das geschieht mit dem Brexit-Übergangsgesetz. Da haben Sie uns auch an Ihrer Seite.

Ein weiterer wichtiger Teil von Politik ist aber, die Menschen umfassend und gründlich zu informieren. Wenn man sich bei uns in Baden-Württemberg darüber informieren möchte, was der Brexit für unser Land bedeutet, kann man ja auf die Idee kommen, auf der Homepage des Ministeriums der Justiz und für Europa nachzuschauen. Denn schließlich erleben wir hier immer einen Minister, der mit großem Engagement und mit Leidenschaft für Europa unterwegs ist. Leider finden Sie auf der Homepage nichts zum Thema Brexit – außer Redebeiträgen.

Man kann dann sagen: Wir haben einen Ministerpräsidenten, der zu Recht sagt: Europa ist für uns Staatsräson. Also schaut man einmal auf die Homepage des Staatsministeriums. Auch da finden Sie viele europapolitische Themen, aber kein Wort zum Brexit.

Da ich ein cleveres Kerlchen bin,

(Heiterkeit)

habe ich mir gedacht: Ich schaue mal auf die Homepage des Wirtschaftsministeriums. – Ich bin höchst erfreut, dass es keinen Widerspruch im Gremium gibt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Falsch, Herr Kollege!)

Auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums gibt es dann tatsächlich eine ausführliche Rubrik zum Thema Brexit. Und es gibt nicht nur eine ausführliche Rubrik, es gibt auch wunderschöne Fotos: das Neue Schloss und darüber in großen Lettern: „Immer auf dem neuesten Stand“. Und dann klicken Sie mal auf die Frage: „Wie ist der aktuelle Verfahrensstand?“ Dann taucht auf, dass am 25. November 2018 der Europäische Rat das letzte Mal etwas zum Brexit beschlossen habe, dass es im britischen Unterhaus noch keine Meinung dazu gebe und wie kompliziert doch die Backstop-Lösung sei. Wir haben es vom Kollegen Kößler gehört: Es geht um 70 000 Arbeitsplätze, es geht um die Zukunft Europas, und Sie schaffen es nicht einmal, eine Homepage zu aktualisieren. Das ist peinlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Und das ist auch gefährlich, weil mit dieser Haltung etwas übernommen wird, was wir ja selbst erleben, nämlich, dass die Menschen teilweise keine Lust mehr haben, sich mit dem Thema Brexit zu beschäftigen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was hat das mit Lust zu tun?)

sondern nur sagen: Hauptsache, es geht irgendwann vorbei.

Das dürfen wir jedoch nicht zulassen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir weiterhin mit großer Lust für Europa eintreten, wir müssen weiterhin dafür sorgen, dass wir für ein vereintes Europa eintreten. Gerade die sozialdemokratische Fraktion wird das mit großer Kraft tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Sänze spricht für die AfD.

Abg. Emil Sänze AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vorweg: Wir werden das Gesetz nicht behindern, aber wir werden uns enthalten. Eines kann ich Ihnen aber nicht ersparen: meine unverhohlene Freude über eine Regierung, die auf ihr Volk hört –

(Beifall bei der AfD)

unerfreulich für die EU, ein Sieg für die direkte Demokratie.

Sie wissen sicherlich, warum es dazu kam. 2010 haben die Tories ihre absolute Mehrheit verloren. Das sollte sich vielleicht die CDU auch merken: Ursache war die UKIP. Vielleicht hier demnächst die AfD? Der damalige Premierminister Cameron war gezwungen, den Zustand der EU zu reflektieren. Resultat: Irgendwas stimmt nicht. Die Mehrheit des britischen Volks will eine solche EU nicht. Sie wollen ein gemeinsames Europa, aber sie wollen keine Bürokratiemonster, und sie wollen schon gar nicht gegängelt werden.

Die Briten haben die EU als Angebot der gemeinsamen Zusammenarbeit verstanden und nicht als Instrument der Gängelung – und schon gar nicht der Bevormundung.

(Beifall bei der AfD)

Cameron und der niederländische Premierminister Mark Rutte taten sich zusammen und entwarfen ein EU-Reformpapier. Doch kurz zuvor kam ein stürmischer Herr aus Luxemburg namens Juncker in die politische Arena und baute mit militärischem Drill einen überbordenden EU-Stab auf, der immer mehr Macht und Einfluss gewann.

Cameron wollte mit Juncker über Reformen und den Status seines Landes sprechen, u. a. auch über eine Begrenzung der Milliardenzahlungen in ein schwarzes Loch namens EU. Doch Juncker, von Martin Sedlmayr beraten, wedelte jeglichen Widerspruch zu seiner Politik in jener polternden und benebelten Leutseligkeit weg. Da blieb Cameron nichts anderes übrig, als sein Volk zu befragen. Den Rest kennen Sie alle.

Mit rationaler Handlungsweise hätte sich der Austritt Großbritanniens, vielleicht auch im Interesse der baden-württembergischen Wirtschaft, verhindern lassen.

Werte EU-Anhänger – oder soll ich besser sagen: EU-Jünger? –, wissen Sie, warum die Tories jetzt haushoch die Wahlen gewonnen haben? Weil die Briten wussten, was mit Frau von der Leyen auf sie zukommen würde.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Denn erfreulicherweise hat sie den Green Deal – oder sollten wir „grünes Geschäft“ sagen? by the way: wer ein „grünes Geschäft“ macht, sollte zum Arzt gehen –

(Abg. Bernd Gögel AfD: Grüne Hölle!)

noch kurz vor den britischen Unterhauswahlen verkündet, damit auch der letzte unentschlossene Wähler für den Brexit stimmen kann.

Was hier auf uns zukommt, ist die Ausgeburt der Planwirtschaft; dies sprengt jegliche Vorstellungswelt, wie wir sie vielleicht aus der DDR-Zeit noch kennen.

(Beifall bei der AfD)

Oder wie sind die Corporate-Governance-Strukturen denn sonst zu bewerten? Da soll ein komplettes Wirtschaftssystem auf radikale Ökobuchhaltung umgestellt werden. Hauseigentümer sollen zu ideologischen Renovierungen gezwungen werden. Ab 2025 heißt es, ohne Schadstoffausstoß mobil zu sein – das bedeutet den endgültigen Todesstoß für den Verbrennungsmotor.

Mit diesem „grünen Geschäft“ fühlen sich viele Briten an ihre Schullektüre von „1984“ oder „Schöne neue Welt“ erinnert. Das wollen die Briten nicht, und ich bin mir sicher, viele Deutsche wollen das auch nicht.

(Beifall bei der AfD)

Das Resultat kennen Sie: Die Tories gewannen, und zwar haushoch – haushoch! Das Austrittsabkommen wurde im Unterhaus beschlossen; Großbritannien verlässt die Glaubenskongregation EU,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja!)

und seine Bürger sind wieder frei in ihrem eigenen Willen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Den Freiheitswillen der Menschen werden Sie nicht aufhalten können;

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

denn dieser wird Europa erfassen. Wenn die Inhalte dieses von NGOs erstellten Papiers bekannt werden, werden Sie die Früchte Ihrer Unfähigkeit und Ihrer Zustimmung zur EU selbst ernten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Schweickert hat das Wort für die FDP/DVP.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist es so weit: Der Austritt der Briten aus der EU vollzieht sich – und ich sage: endlich.

Endlich – das sage ich aber nicht mit dem Duktus einer AfD, die das mit Sektenanalogien aus dem Fundus ihrer eigenen Erfahrungen auf die EU überträgt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Vielmehr musste diese Hängepartie, die wir jetzt über ganz viele Monate erlebt haben, irgendwann einmal zu Ende gehen. Deswegen sind wir der Meinung: Ein Ende mit Schrecken ist besser als ein Schrecken ohne Ende. Wir haben nun reinen Tisch und können auf Augenhöhe über die zukünftigen Beziehungen verhandeln. Ich möchte aber auch klar sagen: Wir, die FDP, hätten die Menschen in Großbritannien gern in der EU behalten, meine Damen und Herren,

(Dr. Erik Schweickert)

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Als Zahler! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

und zwar nicht nur, weil sie mit uns gemeinsame Werte teilen, nicht nur, weil sie mit uns eine Politik, in der das Geld nicht über die – –

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie belügen die Wähler! Etatismus! Zentralismus! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

– Herr Räßle, wenn Sie nicht einmal eine Frage stellen können, dann halten Sie sich mit Ihren Wortmeldungen doch einfach zurück.

Wir haben hier eine Situation vorliegen, in der die Menschen in Großbritannien nicht nur unsere Werte geteilt haben, sondern in der wir sie gerade mit Blick auf eine Begrenzung der Ausgabenpolitik immer an unserer Seite hatten. Das werden wir nun sehr vermissen.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Ja!)

Thema ist auch, dass Deutschland jetzt natürlich mehr bezahlen muss, weil Großbritannien Nettozahler der Europäischen Union war. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Deutschland muss gar nichts! Wieso muss Deutschland das?)

Mit dieser Feststellung, mit dieser Analyse können wir auch schon die Probleme abholen. „Der Brexit ist durch, es lebe der Brexit!“ Das könnte man in Abwandlung eines „König“-Zitats eigentlich sagen. Denn jetzt beginnt tatsächlich die Arbeit. Es ist ein bisschen wie bei den runden Geburtstagen. Man wird am 1. Februar aufwachen und feststellen: Es hat sich nichts geändert. Es hat sich auch deshalb nichts geändert, weil die Regeln jetzt erst einmal für zwei Jahre festgeschrieben sind.

Das heißt aber für uns: Wir müssen das Freihandelsabkommen jetzt zügig angehen. Wir müssen zumindest probieren, das Zeitfenster, das die britische Seite aufgemacht hat – immerhin; allerdings nur bis Ende des Jahres; das halte ich für etwas unrealistisch; das möchte ich auch klar sagen –, zu nutzen, um Fortschritte zu erzielen, damit es nicht zum harten Brexit kommt – für alle Beteiligten.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Schweickert, Herr Abg. Räßle würde gern eine Zwischenfrage stellen.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Gern.

(Oh-Rufe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nee! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Wenn Herr Räßle Zwischenfragen stellt, ist das eigentlich immer eine Steilvorlage.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das tut halt weh!)

Abg. Stefan Räßle AfD: Herr Schweickert, ob das jetzt eine Steilvorlage wird, weiß ich nicht.

Eine Frage: Wie erklären Sie Ihren Wählern, wenn Sie mit Schlagworten wie „Bürokratieabbau“ und der Aussage „Die FDP steht für weniger Bürokratie“ in den Wahlkampf ziehen, dass Sie so ein erbärmliches Bürokratiemonster wie die EU mit unseren Steuergeldern füttern wollen und es so für gut erachten, wenn korrupte Politiker in Rumänien deutsche Steuergelder bekommen, um sich selbst die Taschen zu füllen? Wie erklären Sie das Ihren Wählern?

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Räßle, wenn Sie sich anschauen, was wir hier in Deutschland an Bürokratie auf EU-Regelungen draufsatteln, was andere Länder nicht tun – Sie brauchen heute nur einmal den Pressespiegel zu lesen: Frankreich hat Kassenbons verboten –, dann erkennen Sie, dass doch wir diejenigen sind, die immer noch eins draufsetzen. Das kann man doch nicht auf die EU schieben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

In dieser Situation wird es selbstverständlich auch Entwicklungen geben, die bei uns zu unabwendbaren Einschnitten führen. Ich bin mir sicher: Die Nordirland-Regelung, die im Raum steht, wird ein Unruheherd bleiben. Das Verbleiben im Zollverbund mit Großbritannien bei gleichzeitiger Zollfreiheit zur EU schafft definitiv mannigfaltige Missbrauchs- und Umgehungsmöglichkeiten. Das wird Schlagzeilen für die Boulevardpresse in England liefern.

Deswegen ist die Frage: Was müssen wir tun? Was muss Baden-Württemberg in der EU tun? Zuerst einmal müssen wir, Herr Minister Wolf, darauf drängen, dass das Thema Freihandelsabkommen nicht hinter der Klimagesetzgebung und hinter den Endverhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen verschwindet. Denn auch wenn der Zeitplan äußerst ambitioniert ist – der Einsatz ist es definitiv wert.

Zweitens: Die EU muss in diesem Freihandelsabkommen die Interessen der verbleibenden Mitglieder vertreten. Wir müssen darauf achten, keine Regulierung zu bekommen, bei der nachher Großbritannien zu einer Art vorgelagertes Ellis Island wird, wo sich eine Anti-EU-Politik entwickeln kann, wo man mit niedrigen Konditionen Leute anlockt, um das Ganze dann über den Freihandel ohne Barrieren in die EU zu bringen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Drittens: Die im Vereinigten Königreich ansässigen Bürgerinnen und Bürger brauchen unser Augenmerk. Denn dort ist der Ton schon rauer geworden. Es darf nicht zu einer Hetzkampagne kommen, insbesondere wenn der Brexit deutlich chaotischer werden sollte, als die Regierung Johnson verspricht.

Die Frage im Land ist – die müsste man eigentlich dem Wirtschaftsministerium stellen; von dort ist jetzt kein Vertreter anwesend –, wie denn die Brexit-Kontaktstelle auch personell auf den Brexit vorbereitet ist, wie dort das Anfragenaufkommen ab 1. Februar eingeschätzt wird und welche direkten Hilfen und Angebote es gibt. Da bin ich ganz beim Kollegen

(Dr. Erik Schweickert)

Fink, meine Damen und Herren. Darauf brauchten wir als Opposition im Gesetzgebungsprozess schon eine Antwort.

Meine Damen und Herren, die Zeit der großen Gesten ist vorbei. Jetzt folgen die Mühen der Ebene bei der Behandlung der Details des Freihandels. Die Verhandlungen müssen konstruktiv und frei von Rachegefühlen geführt werden. Denn die wären wirklich fehl am Platze.

Aber eines muss auch klar sein: Die Zeiten des Britenrabatts sind heute eindeutig vorbei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! – Meine Gegenspielerin ist ja gar nicht hier.

Noch zwei Tage, dann ist Großbritannien frei – herzlichen Glückwunsch! –, angeführt durch einen wirklich gebildeten Premierminister Boris Johnson.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Studium in Oxford. – Ja, da lachen Sie. Da lachen natürlich Leute, die mit der Qualifikation überhaupt nicht mithalten können,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und dokumentieren hier einfach ihre Minderwertigkeit.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Und natürlich dem Helden der ganzen Geschichte, Nigel Farage, herzlichen Glückwunsch. Er hat dieses Volk in die Freiheit geführt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Joachim Kößler CDU: Ins Unglück geführt!)

Das Vereinigte Königreich hat sich entschlossen – trotz aller bössartigen, hasserfüllten Polemiken hier in diesem Haus, natürlich vorrangig durch die einschlägigen Sitten- und Wirtschaftszerstörer des linken Spektrums, aber unterstützt durch die verschimmelten CDU-Parlamentarier – –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Gabi Rolland SPD: Hallo?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte mäßigen Sie sich in Ihrer Ausdrucksweise!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, Sie sind immer noch nicht Vorsitzender einer Reichsschrifttumskammer und haben kein Recht, mein Vokabular zu zensurieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch, das hat sie!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es ist nicht in Ordnung, was Sie hier an Worten verwenden – um das ausdrücklich zu sagen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das mag Ihr persönliches Empfinden sein.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das ist nicht mein persönliches Empfinden. Ich spreche für das ganze Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das ist mir völlig egal. – Halten Sie bitte das Mikrofon an

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das Mikrofon kann man nicht anhalten! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

– oder die Uhr. Danke für den Hinweis. Wenigstens hier bewahren Sie ein gewisses Maß an Sitte, was Ihnen ja sonst nicht gelingt.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das gehört zur Wahrheit dazu!)

Eine erste Folge des Brexits, der Abstimmung, war eine Wertsteigerung des Pfundes, und alle Wirtschaftsdaten haben sich sofort verbessert.

Donald J. Trump, einer der besten Präsidenten dieses Jahrhunderts,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

hat in Davos Großbritannien sogar zugesagt, einen neuen Deal zu machen.

Ich würde mir wünschen, dass wir uns daran ein Beispiel nehmen, dass es einen „Dexit“ gibt oder vielleicht auch nur einen „Wüxit“ – die Badener sollen dann selbst entscheiden –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

damit wir dann mit den Briten vortragen können: Britons never ever, ever will be slaves!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, es liegen jetzt – – Sie möchten sich noch zu Wort melden? – Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte schön.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Hauptursache für die Zustimmung der Briten zum Brexit ist die merkelsche Zuwanderungspolitik. Ich wiederhole: Die Hauptursache für die Zustimmung der Briten zum Brexit ist die merkelsche Zuwanderungspolitik. Das müssen Sie einmal in Ihren Kopf hineinlassen. Das ist das Erste.

(Abg. Carola Wolle AfD: Das ist so!)

Zweitens: Das größte Problem – wir haben einige Probleme: no Deal, Exportprobleme usw. – ist, dass der zweitgrößte Nettozahler der EU wegfällt. Die EU will immer mehr Geld. Es ist nicht geklärt, wer diese 7 Milliarden € zahlt. Man wurstelt weiter vor sich hin.

(Zuruf von der AfD: Ja, wir!)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Letztlich ist es geklärt – nach außen ist es nicht geklärt, nach innen ist es längst geklärt –:

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Deutschland zahlt so lange, bis es ausgeblutet ist.

Die einzig rationale Antwort für uns – nicht populistisch – sollte jetzt vorausschauend der „Dexit“ sein. Das macht man aber nicht. Man wartet eher, bis Deutschland so auf den Hund kommt, dass es den „Dexit“ erleidet. Der „Dexit“ wird kommen. Es ist nur die Frage, ob wir ihn jetzt aktiv gestalten oder ob er uns in zwei, drei Jahren durch eine totale Pleite aufgezungen wird.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das ist die Frage. Also: Wollen wir aktiv Politik gestalten, oder wollen wir Politik erleiden? Darum geht es.

Herr Schweickert hat so schön gesagt: „Der Brexit ist durch, es lebe der Brexit!“ Herr Schweickert, ich empfehle Ihnen, zu sagen: Der Brexit ist durch, es lebe der „Dexit“!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7511 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales zu überweisen. – Damit sind Sie einverstanden. Es ist so beschlossen.

Wir haben Punkt 3 der Tagesordnung damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Ergebnisse der Forschung zur NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien – Drucksache 16/2162

Das Präsidium hat auch hierzu wieder Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zuerst hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute unseren Fraktionsantrag „Ergebnisse der Forschung zur NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien“ aus dem Jahr 2017 auf der Tagesordnung. Auch wenn der Antrag zweieinhalb Jahre alt ist, hat er doch nichts an Aktualität eingebüßt.

Am Montag haben wir bei der zentralen Gedenkstunde des Landtags der vielen Opfer gedacht, die in der Tötungsanstalt Grafeneck ermordet wurden. Vor 75 Jahren befreite die Rote Armee die Gefangenen des Konzentrationslagers Auschwitz. Auschwitz ist zum Synonym für millionenfachen Mord und für Unmenschlichkeit schlechthin geworden.

Gerade einmal 75 Jahre nach diesen Gräueltaten ist es daher umso erschreckender, dass Antisemitismus in Deutschland und auch in Baden-Württemberg wieder erstarkt. Hass gegen Jüdinnen und Juden ist lauter, radikaler und gewalttätiger geworden. Die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in der Bevölkerung hat zuletzt zugenommen. Diese Entwicklung erschüttert uns. Sie ist ein lauter, eindringlicher Auftrag an uns alle. Wir ziehen keinen Schlussstrich unter das Erinnern; denn wir sind dafür verantwortlich, dass so etwas niemals wieder passiert.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Vor diesem Hintergrund ist die aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte besonders wichtig. Nachdenken über die Vergangenheit schafft Orientierung für die Zukunft. Erinnern heißt auch, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Der verantwortungsvolle Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus ist elementar für unsere gesellschaftliche Identität wie auch für die politische Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Sabine Wölfl SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von der AfD: Nie wieder Sozialismus!)

Deshalb finde ich es sehr begrüßenswert und für die Landesregierung von immenser Bedeutung, dass sie ein Forschungsprojekt über die Rolle und Mitwirkung der Ministerien in der NS-Zeit gemacht hat. Das Land macht sich damit ehrlich für seine Geschichte und bekennt sich zur bleibenden historischen Verantwortung seiner Institutionen, und das ist gut so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zu den wichtigsten Ergebnissen kommen:

Erstens: Allem voran steht die Erkenntnis, dass eben nicht Berlin – nach der sogenannten Gleichschaltung der Länder – uneingeschränkt den Ton angegeben hatte und alle wesentlichen politischen Aufgaben von der Reichsebene aus steuerte, sondern dass es durchaus Handlungsspielräume auf Landesebene gab. Das heißt, die Ministerien in Karlsruhe und Stuttgart verfügten auch im Dritten Reich über Entscheidungs- und Handlungsspielräume und waren also nicht nur kleine Räder im Getriebe. Die Landesministerien waren ein integraler Bestandteil des NS-Repressionssystems. Sie waren an den rassistischen und politischen Säuberungen des öffentlichen Dienstes ebenso beteiligt wie an der Umsetzung des eskalierenden Antisemitismus und am Vollzug des rassehygienischen und erbgesundheitspolitischen Programms der Nationalsozialisten.

Dafür bedurfte es 1933 übrigens keineswegs eines weitgreifenden Austauschs der Verwaltungsspitze. Das geschah nur punktuell; denn die Landesbediensteten agierten vorauseilend und selbstmobilisierend. Das heißt, die neuen Machthaber mussten gar nicht mit dem eisernen Besen kehren und Parteigenossen systematisch platzieren, weil die höhere Beamenschaft eine große Kooperationsbereitschaft bekundete. Eingefahrene Karrieremuster wie ausgeprägtes Laufbahndenken beförderten dieses proaktive Entgegenarbeiten. Diese bürokratischen Mentalitäten bescherten dem NS-Regime natürlich auch eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung, sodass man

(Brigitte Lösch)

sagen konnte: Das NS-Regime in Baden und in Württemberg kam auf Samtpfoten daher.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts zu den badischen und württembergischen Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus sind mittlerweile umfassend in zwei Bänden der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg 2019 veröffentlicht worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Schlüsse ziehen wir nun aus dem Projekt, was Arbeitsweise und Organisation der Ministerien anbelangt? Lassen Sie mich da aus der Stellungnahme des Ministeriums zu Ziffer 10 des vorliegenden Antrags zitieren:

Ein bewusster, wahrhafter, verantwortungsvoller Umgang mit der Vergangenheit des Landes und seiner Institutionen in der Diktatur ist daher von zentraler Bedeutung für die Landesministerien und seine Bediensteten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Landesverwaltung benötigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich der geschichtlichen Verantwortung bewusst sind. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und das Wissen um die Forschungsergebnisse kann sie vor allem auch darin bestärken, sich weiter für eine starke Demokratie und die freiheitlichen Werte unserer Verfassung einzusetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es entstanden wertvolle Materialien für die politische Bildungsarbeit aus dem Forschungsprojekt, u. a. ein Materialheft der Landeszentrale für politische Bildung für Schulen und auch für die außerschulische Bildungsarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen, dass es entgegen allen bisherigen Annahmen durchaus Handlungsspielräume auf Landesebene gegeben hätte, die bisherige zentralistische Sichtweise ein verzerrtes Bild abgibt und die Ministerien ihre Spielräume oftmals sogar zur verschärften Umsetzung der Reichsdirektiven genutzt haben. Sie waren damit offensichtlich Teil des nationalsozialistischen Systems und handelten auch eigenverantwortlich. Umso mehr hat das heutige Baden-Württemberg die Pflicht zur Erinnerung und Aufarbeitung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Deshalb begrüßen wir es sehr, dass ein Nachfolgeprojekt angestoßen wurde zu Reintegration, Schuldzuweisung und Entschädigung, Bewältigung und Nichtbewältigung der NS-Vergangenheit in den drei Vorgängerländern Baden-Württembergs. Denn gerade der Befund der politischen Anpassung der Beamtenschaft im Nationalsozialismus hat die Frage aufgeworfen, wie sie sich nach dem Ende der Diktatur verhalten hat und wie man im Südwesten beim demokratischen Wiederaufbau mit der NS-Vergangenheit umgegangen ist. Die Ergebnisse müssten uns in diesem Jahr noch vorgelegt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solche Aufarbeitung sollte Schule machen. Solche Aufarbeitungsprojekte sind unverzichtbar für unser de-

mokratisches Handeln und Selbstverständnis, damit eine Demokratie auf soliden Beinen stehen kann. Verwaltungshandeln muss immer an ethische Werte gebunden bleiben. Aber genau das fehlte damals. Wir hier in Baden-Württemberg haben mit diesem Forschungsprojekt und dem Nachfolgeprojekt eine Vorreiterrolle eingenommen. Das verfolgen wir auch weiter.

Aus der Vergangenheit erwachsen der Auftrag, wachsam zu sein, und die Verpflichtung, gegen den aufkeimenden Antisemitismus, gegen Hass und Hetze und gegen jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufzustehen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss den Bundespräsidenten Steinmeier aus seiner bewundernswerten Rede vom Montag zitieren: Es sei nicht dieselbe Zeit, es seien nicht dieselben Worte, nicht dieselben Täter.

Aber es ist dasselbe Böse. Und es bleibt die eine Antwort: Nie wieder! Niemals wieder! Deshalb darf es keinen Schlusstrich unter das Erinnern geben.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Frau Kollegin Neumann-Martin.

Abg. Christine Neumann-Martin CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der französische Schriftsteller André Malraux hat gesagt:

Wer in der Zukunft lesen will, muss in der Vergangenheit blättern.

Geschichte gibt uns nicht nur Einblicke in die Vergangenheit, sondern hilft uns auch, Lehren für unser zukünftiges Handeln zu ziehen. Sie kann uns helfen, unsere Zukunft zu gestalten, wenn wir ehrlich und sorgfältig damit umgehen.

Dieser Tage gedenken wir der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Der Name Auschwitz ist als Sinnbild nationalsozialistischer Verbrechen in die Geschichte eingegangen, und wir tun gut daran, uns daran zu erinnern und die Erinnerung weiter wachzuhalten, welche Verbrechen an der Menschheit dort und in anderen Konzentrationslagern in deutschem Namen begangen wurden.

Doch die Geschichte des Bösen und Schlimmen, das im Namen eines falsch verstandenen Patriotismus in Deutschland passiert ist, fängt nicht mit den Konzentrationslagern an. Der Nationalsozialismus hat es 1933 quasi über Nacht geschafft, die demokratischen Institutionen der Weimarer Republik zu untergraben,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Unter damaliger Hilfe des CDU-Vorläufers! – Gegenrufe von der CDU: Was? – Halt doch einfach mal die Klappe da hinten!)

zu vernichten oder gleichzuschalten.

(Christine Neumann-Martin)

Dazu gibt der Antrag, über den wir heute sprechen, ein nachdrückliches Beispiel. Es geht dabei um ein wichtiges Forschungsprojekt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie kennt halt die Geschichte nicht!)

Von der Landesregierung initiiert, hat die Landesstiftung im Jahr 2014 Gelder für einen groß angelegten Forschungsauftrag zur Verfügung gestellt. Zum ersten Mal befasste sich die Wissenschaft sehr genau mit der Rolle der Landesministerien in Baden und in Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine zweibändige Publikation mit den Ergebnissen ist im April 2019 erschienen. Ein weiterer Forschungsauftrag, der die Umbruchzeit zwischen 1945 und 1952 untersuchen soll, hat jetzt ebenfalls begonnen. Auch weitere Themen, die sich im Zuge der Forschung ergeben haben, sollen näher beleuchtet werden.

Warum sind diese Forschungen heute noch so wichtig? Natürlich geht es darum, die historischen Ereignisse zu begreifen und zu verstehen. Die Wissenschaftler widerlegen viele Annahmen, die in den vergangenen Jahrzehnten kursierten, ohne dass sie hinterfragt worden wären. Sie präzisieren das Bild vom Funktionieren des Verwaltungsapparats im Dritten Reich. Sie zeigen, dass die Verwaltung Teil des Repressionsapparats war. Sie weisen nach, dass es in beiden Landesverwaltungen ausgereicht hat, vereinzelte Beamte abzusetzen. Die überwiegende Zahl der Mitarbeiter in den Ministerien hat sich nicht nur angepasst, viele waren willige Helfer des Regimes und haben die Handlungsspielräume, die sie hatten, dazu genutzt, die Reichsdirektiven verschärft umzusetzen. Dies ist eine erschreckende Erkenntnis.

Dieses Forschungsprojekt ist aber auch wichtig, weil es neue Ansätze in der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft befördert hat und immer noch befördert. Die Wissenschaftler saßen nicht in ihrem Elfenbeinturm, sondern haben mit den verschiedenen Institutionen kooperiert. Auch Bürgerinnen und Bürger wurden dazu ermutigt, sich zu beteiligen. Ein Onlineportal wurde eingerichtet. Es war und es ist ein Angebot an die historisch interessierte Öffentlichkeit und will einen Austausch zwischen Geschichtswissenschaften und Öffentlichkeit fördern und erweitern.

Besonders wichtig sind die Kooperationen mit jungen Menschen. Schülerinnen und Schüler wurden dazu angeregt, sich verschiedene Themen anzuschauen, wie ein Mosaikbild entsteht aus den zusammengefügt Steinchen neuer Erkenntnisse über das Herrschaftssystem der Nazis – ganz konkret vor Ort an der Schule, im Ort, in der Stadt.

Für mich stellt sich aber die Frage, was wir aus diesem Forschungsprojekt auch mit in die Zukunft nehmen können. Wir haben eine fundierte und genau recherchierte Antwort für alle, die den Nationalsozialismus immer noch verharmlosen. Wir können nachweisen, dass es sehr wohl andere Handlungsoptionen gegeben hätte. Wir haben aber auch die Erkenntnis, dass unsere Demokratie nur funktionieren kann, wenn wir genügend überzeugte Demokratinnen und Demokraten haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich auf mein Eingangszitat „Wer in der Zukunft lesen will, muss in der Vergangenheit blättern“

zurückkommen. Es liegt einzig und allein in unseren Händen und vor allem in unseren Köpfen, was wir in der Vergangenheit für unsere Zukunft lesen wollen, welche Lehren wir daraus ziehen. Manche Menschen, auch hier im Haus, versuchen eine neue Lesart für die Geschichte des Nationalsozialismus einzuführen, eine, die sie verharmlost oder auf wenige führende Köpfe reduziert.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es gut, dass wir solche Forschungsprojekte haben, die Machtmechanismen und Funktionsweisen von Institutionen, Behörden und Ministerien im Nationalsozialismus erforschen und dokumentieren. Es ist gut und ermutigend, dass wir Schülerinnen und Schüler anregen, sich kritisch mit der Geschichte auseinanderzusetzen, damit wir beim Blättern in der Vergangenheit gute und demokratische Wege in die Zukunft gehen können.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Selcuk hat das Wort für die SPD.

Abg. Ramazan Selcuk SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Hugo Josef Kauffmann, Professor für Chemie und Textilkunde, galt am Reutlinger Technikum als streitbarer Geist und Kämpfer für seine Rechte. So verwundert es nicht, dass der Professor jüdischen Glaubens im Sommer 1933 schnell in das Visier des württembergischen Wirtschaftsministeriums geriet, welches ihn auf der Grundlage des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den vorzeitigen Ruhestand versetzte.

Kauffmann gab nicht schnell klein bei, musste jedoch nach zahlreichen Schriftwechseln mit dem Wirtschafts- und dem Kultusministerium einsehen, dass gegen die rassistischen Gesetze des NS-Regimes kein Ankommen war. Selbst das mutig erstrittene Ruhegehalt erwies sich schnell als Makulatur, wurde es ihm doch im Rahmen der Judenvermögensabgabe größtenteils wieder entzogen.

Hugo Josef Kauffmann gelang am 22. Februar 1939 die Flucht nach New York. Sein Bruder hingegen blieb in Stuttgart zurück und starb bei der folgenden Deportation nach Theresienstadt im August 1943.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ergebnisse der Forschungsgruppe zur NS-Vergangenheit badischer und württembergischer Ministerien sind eindeutig. Die Landesministerien waren ein integraler Bestandteil des nationalsozialistischen Repressionssystems. Sie waren an den rassistischen und politischen Säuberungen öffentlicher Einrichtungen ebenso beteiligt wie am Vollzug des menschenverachtenden Antisemitismus und an der Umsetzung der totalitären Programmatik der Nationalsozialisten.

Dabei war ein weitgreifender Austausch der Verwaltungsbeamten – das wurde vorhin ja schon gesagt – nicht notwendig, vielmehr erfolgte die politische Neuausrichtung durch eine weitgehende Selbstgleichschaltung des Beamtentums.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs erwarb die große Mehrheit der Beamten die NSDAP-Mitgliedschaft, und – noch schlimmer – nach Ende der NS-Herrschaft blieb das Personal

(Ramazan Selcuk)

der Ministerien nahezu unverändert. Eine Entnazifizierung fand nicht statt.

Die Konfrontation mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen ist schmerzhaft, aber zwingend notwendig, denn die ehrliche und selbstkritische Aufarbeitung der Vergangenheit ist von zentraler Bedeutung für die Landesministerien und ihre Bediensteten. Die Landesverwaltung benötigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich der geschichtlichen Verantwortung bewusst sind, sie benötigt starke Persönlichkeiten, die sich für unsere freiheitliche Grundordnung einsetzen und fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der CDU)

Das noch von der grün-roten Landesregierung in Auftrag gegebene Forschungsprojekt leistet dazu einen wichtigen Beitrag, und ich begrüße sehr, dass die Forschungen nun auf die Zeit nach 1945 ausgeweitet werden. Darüber hinaus schlage ich vor, die Posterausstellung zur Geschichte der Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus hier im Landtag auszustellen. Hier erfährt sie eine weit größere Aufmerksamkeit als die bereits erfolgte Ausstellung im Innenministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Aufarbeiten der eigenen Vergangenheit ist kein Akt der Selbstauflösung, keine dämliche Bewältigungspolitik und erst recht kein Schuld-kult. Die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur sind singulär, sie sind kein Vogelschiss.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Als Abgeordnete dieses Hauses tragen wir eine besondere Verantwortung. Wir sind der Spiegel der Gesellschaft, die uns gewählt hat, wir sind die Stützen unserer Demokratie, und wir sind Vorbild für die Beamtinnen und Beamten in unserem Land. Seien wir uns dieser Verantwortung zu jeder Zeit bewusst!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die AfD spricht Frau Abg. Senger.

Abg. Doris Senger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Die AfD begrüßt die Forschung zur NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien ausdrücklich. Die AfD ist eine Partei, die hinterfragt und kritisiert – oft in einem Maß, dass sie als Opposition von der Regierung als unbequem empfunden wird.

(Zurufe von den Grünen, u. a.: Lästig!)

Wir sind eine Oppositionsfraktion, die eingetretene Pfade verlassen möchte und gewohnte Mechanismen auf den Prüfstand stellt.

(Beifall bei der AfD)

So fühlen wir uns den Menschen eng verbunden, die damals nicht mitgelaufen sind, sondern kritisch hinterfragt haben.

Mit großem Interesse haben wir die Internetseite „www.ns-ministerien-bw.de“ zur Kenntnis genommen und bedanken uns ausdrücklich für diese Initiative.

(Beifall bei der AfD)

Doch man kann die eigene Geschichte nicht losgelöst von den heutigen globalen politischen Entwicklungen verstehen. Um die Geschichte des Nationalsozialismus verstehen zu können, muss man sich mit den ideologischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts zwischen dem Kommunismus einerseits und dem Faschismus andererseits befassen. Diese Fragen sind wiederum eng verknüpft mit der sozialen Frage, die in Form von kommunistischen Revolutionen die Welt im 20. Jahrhundert bewegte. Wie wir alle wissen, haben diese Auseinandersetzungen viele Millionen Menschen das Leben gekostet. Dies lehrt uns, dass man sich in ideologisch aufgeheizten Atmosphären davor hüten sollte, wissenschaftliche Erkenntnisse zu verkürzen oder gar zu negieren.

(Beifall bei der AfD)

In den Studien wurde festgestellt, dass ideologisch instrumentalisierte und obrigkeitshörige Personen die Verwaltungsabläufe in ihrem Sinn beeinflusst haben. Diesem Missbrauch ist aus unserer Sicht heute und auch in Zukunft Paroli zu bieten.

(Beifall bei der AfD)

Diese Erkenntnisse lehren uns, dass parteipolitisch und ideologisch besetzte Themen oftmals die Interessen und Bedürfnisse der Bürger nicht berücksichtigen. Die Geschichte zeigt auch, dass Ideologie und reine Parteipolitik häufig zu Machtmissbrauch führen. Es ist nicht verwunderlich, dass einzelne Mitglieder der hier schon länger regierenden Parteien uns ungerechtfertigt und verleumderisch in die Nähe einer NS-Ideologie stellen.

(Beifall bei der AfD)

Solche Methoden sind der Versuch, von den eigenen Verbindungen zur Vergangenheit abzulenken.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: So ist es! – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig!)

Wir kommen in der historischen Forschung nur dann weiter, wenn die Politiker dem Versuch widerstehen, die Geschichte für den parteipolitischen Kampf zu nutzen.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölflé SPD)

Im Zuge dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse ist positiv festzustellen, dass Gedenkstätten im ganzen Land eingerichtet wurden, die an diese unmenschliche Ideologie des Nationalsozialismus erinnern.

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Wieso lehnt ihr dann die Gedenkstättenarbeit ab?)

Wenn die bereits erforschten Sachverhalte dazu führen, dass die Erkenntnisse sich auch bei den Altparteien im Umgang mit den Andersdenkenden auswirken, können wir die Fortfüh-

(Doris Senger)

rung der Forschungsprojekte zur NS-Vergangenheit nur befürworten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kollege Weinmann für die FDP/DVP, bitte.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahlen allein machen noch keine Demokratie, wusste Barack Obama. Und er hat recht. Demokratie braucht vielmehr Demokraten, Demokratie braucht Engagement, und Demokratie braucht täglichen Einsatz.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das ist sicherlich eine der elementaren Botschaften des Forschungsprojekts zur Aufarbeitung –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Entschuldigung, Herr Abg. Weinmann. Möchten Sie gleich zu Anfang eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Räßle zulassen?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Nein. Vielen Dank. – Das ist sicherlich eine der elementaren Botschaften des Forschungsprojekts zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien. Deutlich wird dabei, dass wir in den Landesministerien, aber auch in der Landtagsverwaltung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen, die sich ihrer geschichtlichen Verantwortung bewusst sind und die umfassend auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen müssen.

Um dies zu fördern, liefert das Projekt wertvolle Materialien für die Gedenkstättenpädagogik und den Schulunterricht. Gerade die Gedenkstättenarbeit erachten wir als einen wertvollen, ja geradezu unverzichtbaren Beitrag in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr richtig!)

Darüber hinaus liefert das Forschungsprojekt tiefe und spannende historische Einblicke in die Entwicklung der Landesministerien, etwa während der NS-Zeit, Einblicke dahin gehend, dass deren Kompetenzeinbußen oftmals überschätzt wurden, Einblicke in ihre Rolle und Beteiligung an politischen Säuberungen als Teil des nationalsozialistischen Repressionsystems und Einblicke in personelle Kontinuitäten im Übergang von der Weimarer Republik, aber auch mit Anhaltspunkten zum Übergang in die unmittelbare Nachkriegszeit.

Hier böte sich ein Anschlussprojekt an. Denn beispielsweise zeigt sich in der sogenannten Akte Rosenberg, dem Abschlussbericht einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission des Bundesjustizministeriums, die bedrückende personelle Kontinuität im Justizministerium. Dort wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vielzahl von Nazijuristen bedenkenlos übernommen.

Auch im Land Baden-Württemberg dürfte der Befund nicht wesentlich anders ausfallen, obgleich sich der frühere Justiz-

minister unseres Landes – ich spreche von der Zeit von 1953 bis 1966 –, Wolfgang Haußmann,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

hinsichtlich der Wiedergutmachung und Aufklärung nationalsozialistischen Unrechts besonders hervorgerufen hat.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

Denn anders als in anderen Ländern oblag in Baden-Württemberg die Fachaufsicht über die Wiedergutmachungsämter dem Justizministerium.

Doch auch neben dem Forschungsprojekt wurden die Institutionen ihrer Verantwortung gerecht. So zeigt beispielsweise die Dauerausstellung „NS-Justiz in Stuttgart“ im Landgericht Stuttgart – ein Gemeinschaftsprojekt von Haus der Geschichte, Oberlandesgericht und Landgericht Stuttgart – schonungslos, wie sich die insgesamt rechtsstaatliche Justiz der Kaiserzeit und der Weimarer Republik in wenigen Jahren zum willigen Werkzeug einer menschenverachtenden Diktatur verwandelt hat.

Dies wird auch inhaltlich im Forschungsprojekt zur NS-Vergangenheit der badischen und württembergischen Landesministerien deutlich. Denn mit teils zurückhaltender, teils willfähriger, teils skrupelloser Mitwirkung zahlreicher Landesbediensteten an der NS-Herrschaftspraxis wurden Durchsetzung und Ausgestaltung des Dritten Reiches vor Ort im sozialen und regionalen Nahbereich ermöglicht.

Die Mahnung des österreichisch-französischen Schriftstellers Manès Sperber sollten wir verinnerlichen:

Gleichgültigkeit ist die sicherste Stütze aller Gewaltherrschaften.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Vor diesem Hintergrund lassen Sie uns nicht gleichgültig sein, sondern aufstehen, wenn es darauf ankommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie können sich auf den Weg machen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Der Einwurf zeigt das parlamentarische Verständnis der linken Szene und führt die ganzen Lippenbekennnisse, wie ernst Sie es mit der Vergangenheitsbewältigung eigentlich meinen, ad absurdum.

Grundsätzlich ist es gut, dass man die Ergebnisse der Forschung zur NS-Vergangenheit der badischen und der württembergischen Landesministerien darstellt. Aber es nützt nichts, in der Vergangenheit zu schwelgen, Betroffenheitsbekundungen abzugeben – so wie vor Kurzem in Grafeneck, wo man ganz betroffen in die Kameras schaute und mit einem trüben Blick die Vergangenheit „remembernd“ beschwor –, wenn man nicht Rücksicht auf die Situation nimmt, wie sie heute ist.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Mit den lebenden Juden haben die meisten nämlich ein Problem. Ich zitiere hier Henryk Broder, der in diesem Punkt wahrscheinlich unverdächtig ist: „Lang leben die toten Juden!“, sagte er in einer Überschrift:

Je länger das Dritte Reich zurückliegt, umso heftiger wird der Widerstand gegen Hitler und die Seinen.

Wenn Sie – Sie, die Sie hier in diesem Parlament sitzen – es wirklich ernst nehmen, dann stehen Sie auf, dann wehren Sie dem Unrecht, dann fördern Sie die Freiheit – auch die Freiheit des offenen Austauschs, der ja hier durch Reglementierungen seitens des Präsidiums in vielfältiger Weise unterbunden wird. Dann treten Sie gegen eine ungesteuerte Zuwanderung von Aberhunderttausenden Menschen ein, die mit einem inhärent in ihnen wohnenden, kulturell verankerten Antisemitismus in unser Land kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Da hat er recht!)

Und dann setzen Sie sich auch für das ein, was gestern über die Medien ging, nämlich den Friedensplan von Donald Trump und Benjamin Netanjahu, der es endlich ermöglicht, dass der Staat Israel zusammen mit den Arabern in Frieden lebt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Fiechtner, der sogenannte Friedensplan von Herrn – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Führen Sie Ihre Dialoge draußen!)

– Bitte?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ihre Dialoge draußen führen! – Gegenrufe von der AfD, u. a. Abg. Rüdiger Klos: Oh, halt doch einfach den Mund!)

Der Friedensplan von Trump ist kein Friedensplan, sondern er gießt neues Öl ins Feuer des Nahen Ostens. Das nur nebenbei.

Wir sprechen heute über Vergangenheitsbewältigung. Die deutsche Vergangenheitsbewältigung ist nicht angemessen; sie ist hochgradig pathologisch, meine Damen und Herren. Sie ist teilweise medizinisch behandlungspflichtig.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wovon spreche ich? Ich spreche z. B. von einem Herrn Steinmeier, der in Israel nicht mehr Deutsch spricht, sondern nur noch Hebräisch und Englisch,

(Beifall des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut hat er das gemacht! Lob allenthalben!)

weil Deutsch – so der deutsche Bundespräsident – die Sprache der Täter ist. Meine Damen und Herren, wenn der deut-

sche Bundespräsident nicht mehr Deutsch spricht, wird doch Erinnerungskultur zum Erinnerungszirkus. Wollen Sie das noch rechtfertigen? So etwas ist doch eine Lachnummer.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Die ständige Suche nach neuen Naziverbrechern – jetzt in den Ministerien da und dort – ist wahnhaft.

(Abg. Winfried Mack CDU: Er wird es nicht mehr begreifen!)

Herr Fiechtner hat zu Recht gesagt: „Je länger der Untergang der NS-Herrschaft zurückliegt, umso größer die Aktivitäten.“ Wenn diese Protagonisten gegen Braun das vor 75 Jahren gemacht hätten, hätte ich gesagt: Chapeau, Respekt! Aber heute ist das Leichenfledderei.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Heute haben wir die Gefahr des rot-grünen Totalitarismus.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das ist die Gefahr. Das fängt damit an, dass nicht einmal die größten Verbrecher in der DDR – Honecker, Mielke usw. – verurteilt worden sind. Und das hört damit auf, dass die Antifa, eine politkriminelle Vereinigung, regelmäßig Veranstaltungen der rechten Opposition verhindert. Das ist nicht nur eine Störung des Demonstrationsfriedens, das ist ein politisches Verbrechen. Dagegen geschieht nichts, und das ist aufziehender rot-grüner Faschismus.

Wenn wir also wieder Geld in die Hand nehmen – – Die 1,45 Millionen €, die wir ausgegeben haben, sind schon mehr als genug. Wenn wir jetzt noch neues Geld für diesen Zweck geben, ist das rausgeschmissenes Geld. Wenn wir die Sachen also untersuchen wollen, dann sollten wir bitte der Frage nachgehen: Welche Gefahr geht vom Antifa-Terrorismus für die deutsche Demokratie aus?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das Geld für eine Untersuchung dieser Frage wäre sinnvoll angelegt.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Gögel klatscht da auch noch! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Ja, Wahrheit tut weh! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Sagt Gedeon die Wahrheit?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Regierung spricht Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung bewusst: Die NS-Geschichte ist aufzuarbeiten. Wir haben uns der Geschichte zu stellen. Das Kapitel ist nicht abgeschlossen. Wir haben die Aufgabe, Lehren daraus zu ziehen und dies der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir haben die Aufgabe, Orte und Anlässe zu schaf-

(Ministerin Theresia Bauer)

fen, um gemeinsam darüber nachzudenken, um das Bewusstsein zu schärfen und um Lektionen für die Zukunft zu lernen.

Diese Überzeugung hatten wir und haben wir. Es hätte der Präsenz von Abgeordneten wie den Vorrednern hier im Raum gar nicht bedurft, aber sie machen mit ihren Auftritten und ihren Reden noch einmal umso deutlicher, wie wichtig es ist, sich an dieser Stelle darauf zu konzentrieren, dass wir ernsthaft aufarbeiten, nachdenken und beim Thema bleiben

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Vereinzelt Beifall bei der SPD und der FDP/DVP –
Abg. Bernd Gögel AfD: Absoluter Quatsch!)

und nicht, sobald es um das schmerzliche Kapitel geht, einen Umweg zu suchen, um vom Thema abzulenken.

Bis heute beschäftigen uns die Fragen: Wie konnte es dazu kommen? Wie war es möglich, dass eine verbrecherische Ideologie wie der Nationalsozialismus die Demokratie zerstört? Wie hat diese Ideologie einen Staat mit seinen Normen, seinen Institutionen und Verfahrenspraktiken, wie hat sie eine ganze Gesellschaft durchdringen können? Wie konnte sie sie in so kurzer Zeit in den Abgrund stürzen?

(Abg. Bernd Gögel AfD: Da haben Sie das Gegenbeispiel heute gesehen!)

Um sich mit diesen Fragen ernsthaft auseinanderzusetzen, müssen sich auch Institutionen gewissenhaft mit den Ereignissen, den Personen und der politischen Praxis des Nationalsozialismus beschäftigen und sich damit auseinandersetzen, wie diese die jeweils eigene Geschichte geprägt haben.

Diese Verantwortung bleibt auch uns, der Landesregierung. Das war der Grund dafür, dass wir 2014 ein Forschungsprojekt initiiert haben – das ist ja bemerkenswert: 2014! – zu der damals noch weitgehend unerforschten Rolle der Vorgängerinstitutionen der Landesministerien in Baden und Württemberg in den Jahren 1933 bis 1945.

Die Forscher haben uns erzählt, wie sie in den Archiven Akten geöffnet haben, die noch mit einem Bändchen verschlossen waren und seither noch nie geöffnet wurden. Da wurde wirklich Grundlagenforschung betrieben, weil sich noch niemand die Mühe gemacht hatte, nachzuschauen. Deswegen ist es wichtig, dass wir das getan haben.

Das ist wichtig – neben anderen Formaten und Aktivitäten, die wir betreiben, z. B. die Landesförderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten, bei denen die Opfer der Diktatur im Mittelpunkt stehen. Bei diesen Forschungsprojekten geht es um die andere Perspektive, nämlich eher um die Täter bzw. darum, die Strukturen und Institutionen, die die Täter in ihrem Tun begünstigt haben, in den Fokus zu nehmen.

Das Forschungsprojekt verfolgte einen kulturgeschichtlichen Ansatz, der uns auch allgemeinere Erkenntnisse über die Wechselwirkungen von Bürokratie, Identität und Herrschaft erschließt und dies in einen größeren Erklärungszusammenhang einordnet.

Die in den beiden Bänden vorgestellten Ergebnisse bewegen und verstören. Mir persönlich ging es jedenfalls so; ich habe den Eindruck, bei Ihnen war das zum Teil durchaus ganz ähnlich. Gerade für uns Kolleginnen und Kollegen aus der Regie-

rung, die wir unsere Beamten in den Ministerien kennen und die wir wissen, wie sie arbeiten, auch mit welchem Engagement und welcher Loyalität sie arbeiten, ist eine solche Rückmeldung eine durchaus negativ beeindruckende. Man nimmt solche Erkenntnisse in einer demütigen Weise auf und versucht, seine Lehren daraus zu ziehen.

Ein zentrales Ergebnis dieses Forschungsprojekts ist, dass 1933 erstaunlicherweise keine massiven personellen Eingriffe der Nationalsozialisten in die Ministerialbürokratie nötig waren, um die Funktionstüchtigkeit im Sinne der Diktatur herzustellen.

Bis dahin war die gängige Auffassung der Wissenschaft, dass Berlin nach der sogenannten Gleichschaltung der Länder fortan alle wesentlichen politischen Aufgaben steuerte. Nach den Ergebnissen dieses Forschungsprojekts wissen wir heute, dass man das anders sehen muss, denn im Umfeld der sogenannten Machtergreifung stellten sich gerade auch die funktionalen Eliten der Gesellschaft bereitwillig in den Dienst der herausziehenden Diktatur und ihres mörderischen Programms.

Die Ministerialbürokratie der Länder stand an einer besonderen Schnittstelle zwischen dem politischen Vollzug der Diktatur und einer rationalen fachlichen Verwaltung. Sie war Teil eines zentralistischen Führerstaats, aber sie war eben doch auch regional verwurzelt und auch verpflichtet, und sie verfügte auch im Dritten Reich über Entscheidungs- und Handlungsspielräume.

Man dachte ja früher, es sei einfach in der Linie durchregiert worden. Auch diese Sichtweise muss man ein Stück weit korrigieren.

Leider – so hat es sich ergeben – scheint sich dieser Handlungsspielraum, der auf der regionalen Ebene bestand, keineswegs als Resistenz gegenüber dem NS-Regime ausgewirkt zu haben, sondern eher als ein Raum, in dem mit eifriger Unterstützung die ideologischen Kernziele auch ohne einschneidenden Elitenwechsel vollzogen wurden. Oftmals wurden die Handlungsspielräume zur verschärften Umsetzung der Reichsdirektiven genutzt. Und es zeigten und verdichteten sich Verhaltensrepertoires, über die Menschen unter autoritären Bedingungen zu verfügen scheinen: Es gab die Scharfmacher, die Schreibtischtäter, die opportunistischen Mitläufer, es gab die unpolitischen Bürokraten, aber eben auch die passiven und die aktiven Widerständler.

Ich versuche, in eigenen Worten und sicher vereinfacht zusammenzufassen, was man in diesen beiden wirklich sehr leistungswerten und empfehlenswerten Bänden nachlesen kann.

(Die Rednerin hält einen der beiden Bände „Engelhausen/Paletschek/Pyta: Die badischen und württembergischen Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus“ hoch.)

Insgesamt herrschte in den Ministerien eine Haltung vor, die ganz auf den geordneten Behördenbetrieb ausgerichtet war, die aber nicht infrage stellte, zu welchen politischen Zwecken die Behörden arbeiteten. Eine staatsloyale Leistungsbereitschaft, der persönliche Gestaltungswille, vielleicht auch Karriereambitionen führten dazu, dass vage Handlungsanleitungen auch für die Umsetzung der persönlichen Vorstellungen von Volksgemeinschaft genutzt wurden.

(Ministerin Theresia Bauer)

So kommt die Forschung zu dem Ergebnis: Die Landesbediensteten machten die Durchführung der Repressionspolitik durch ihr persönliches Verhalten vielfach erst möglich. Ministerien und ihre Ministerialbeamten waren an der Vollstreckung der diktatorischen Politik der Entrechtung, der Verfolgung und des Völkermords direkt und indirekt beteiligt. Durch die Aktivierung solcher bürokratischen Mentalitäten sicherte sich das NS-Regime größere Akzeptanz bei der Bevölkerung, als wenn es seine eigene Radikalität auf einem unverhüllten Weg selbst offenbart hätte.

Die Forschenden benennen dieses Phänomen mit dem folgenden Mahnsatz:

Das NS-Regime kam in Baden und Württemberg gleichsam auf Samtpfoten daher.

Also noch einmal: Ich möchte Ihnen die Lektüre dieser beiden Bände sehr ans Herz legen. Demnächst wird der dritte Band erscheinen, der die Frage des Umgangs mit Schuld und Entschädigung in der Zeit nach dem Nationalsozialismus beleuchtet.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, heute auch allen Forschenden zu danken, die zum Gelingen des Projekts und zum Erstellen dieser Abschlussbände beigetragen haben, auch allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich an der Plattform beteiligt, selbst mitgesammelt und Rückmeldung gegeben haben, um das Kapitel zu erhellen.

Mein besonderer Dank gilt natürlich den Mitgliedern der zur Durchführung des Projekts eingesetzten wissenschaftlichen Kommission, die umfangreiche Quellenrecherchen vorgenommen und sorgfältig ausgewertet haben. Es ging auch um Material, das oft noch nie zuvor gesichtet worden ist. In diesem Zusammenhang ist wirkliche Kärnerarbeit geleistet worden.

Mein herzlicher Dank gilt auch der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg für das Zugänglichmachen dieser Forschungsergebnisse in Form dieser Buchbände.

Nicht zuletzt möchte ich auch der Baden-Württemberg Stiftung dafür danken, dass sie sich von der Wichtigkeit dieses Projekts hat überzeugen lassen und die Finanzierung des Projekts ermöglichte.

Die Forschungsergebnisse geben uns einen klaren Hinweis darauf, dass es nicht nur 1933, sondern auch in der Nachkriegsgeschichte zu keinem Bruch in der Besetzung der Verwaltungselite kam. Deswegen ist es gut, dass wir schon jetzt an dem Nachfolgeprojekt arbeiten lassen, das auch wiederum dank der Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung schon jetzt in der Abschlussphase ist.

Ich habe es eben schon gesagt – und Sie haben es in Ihren Reden auch unterstrichen –: Die Ergebnisse sind uns ein mahnendes Beispiel und machen uns auch ein Stück weit demütig vor dem, was passiert ist und wie es passiert ist. Ich bin mir sicher: Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie kann und sollte uns ein mahnendes Beispiel geben, wie schnell und wie effektiv der Nationalsozialismus Zugriff und Kontrolle über zentrale staatliche Funktionen errang. Das zeigt uns: Auch unsere Freiheit, unsere Demokratie, unsere Rechtsstaat-

lichkeit heute sind fragile Güter, die ständig neu gewonnen und gesichert werden müssen. Deswegen sind wir alle aufgefordert, alles dafür zu tun, den Verführungen der simplen Lösungen entgegenzutreten. Das gilt für unser Land, und es gilt auch für unser heutiges Europa, das vor nationalen Egoismen und Spaltungen nicht so sehr gefeit ist, wie wir uns das gewünscht hätten.

Die Bedeutung der Beamtenpolitik bei der Transformation demokratischer Ordnungen in autoritäre Systeme tritt heute international in unterschiedlichen Facetten offen zutage. Deswegen machen uns die Ergebnisse noch einmal deutlich, dass die Rolle der Verwaltung keine unwichtige ist. Es stellt sich die Frage, wie Leitbilder für unsere Verwaltungen beschaffen sind und beschaffen sein sollen und wie diese zeitgemäß weiterzuentwickeln sind. Wie verhalten sich beamtenrechtliche und staatsbürgerliche Pflichten zueinander? Welchen Stellenwert hat diese Frage in der Ausbildung unserer Beamtinnen und Beamten? Zu fragen ist aber auch: Wie können wir unsere Verwaltungsbeamtinnen und -beamten stärken? Wir brauchen deswegen dringend die aufklärerische Kraft solcher wissenschaftlichen Ergebnisse, wie sie dieses Forschungsprojekt hervorgebracht hat, und wir brauchen die offene Debatte über diese schwierigen Themen.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bestärkt uns darin, uns weiter für eine starke Demokratie und die freiheitlichen Werte unserer Verfassung einzusetzen und dies auch aktiv von unseren Beamten zu fordern und es bei ihnen zu fördern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/2162. Er ist ein reiner Berichts Antrag, der mit der Aussprache für erledigt werden kann. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Beendigung der EU-Beitrittsgespräche und der EU-Heranzuführungshilfen für die Türkei – Drucksache 16/2175

Auch hier gilt laut Präsidiumsbeschluss eine Redezeit von fünf Minuten für die Begründung und in der Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Zuerst spricht Herr Abg. Sänze für die AfD.

Abg. Emil Sänze AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst bin ich erfreut, dass wir in diesem Parlament mit einem solchen Affenzahn arbeiten; wir behandeln heute unseren Antrag vom 4. Juni 2017. Allerdings ist dieser nach wie vor aktuell.

(Emil Sänze)

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist hoffentlich keine Beleidigung! – Abg. Carola Wolle AfD: Das ist eine Tatsache!)

– Das ist keine Beleidigung, sondern eine Aussage über Effizienz.

Die Türkei und Deutschland sind schon sehr lange miteinander verbunden. Ob es gut oder schlecht war, ausgerechnet türkische Gastarbeiter in den Sechzigerjahren nach Deutschland anzuwerben, sei dahingestellt; das Urteil überlasse ich der Historie. Vielleicht wäre es besser gewesen, die eigene Identität verstärkt zu reflektieren und eine nationale Debatte darüber zu führen, was es bedeutet, unterschiedliche Kulturen zusammenzubringen, wie die Langzeitwirkung ist und in welcher Weise das für eine Gesellschaft überhaupt tragbar ist.

Vielleicht war die damalige Bundesregierung von der deutschen Romantik und hochstilisierten Mystik des Osmanischen Reiches doch zu sehr fasziniert; vielleicht aber war es auch nur die simple Waffenbrüderschaft mancher Regierungsmitglieder aus dieser Zeit.

(Beifall bei der AfD)

Diese Mystik in Bezug auf das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen verstärkt das Ganze noch; dies wird uns mit der Türkei – mehr oder weniger – auf ewig verbinden. Allerdings meinen wir, dass wir uns zwischenzeitlich eine fünfte Kolonne ins Land geholt haben. Vergessen Sie aber nicht: Fakt ist, dass sich die Türkei in den letzten Jahren selbst ins politische Aus manövriert hat, zumindest was den EU-Beitritt angeht. Denn durch das türkische Verfassungsreferendum, durch die Gleichschaltung der Medien, durch die enorme Verhaftungswelle hat sich die Türkei schließlich zu dem entwickelt, was sie heute ist: eine Autokratie. Der Laizismus – von Kemal Atatürk eingeführt – liegt am Boden. Erdogan hat den politischen Islam zur Staatsdoktrin erhoben. Die Türkei hat sich somit selbst ins Aus bugsiert.

Zwischenzeitlich scheint dies wohl auch das EU-Parlament erreicht zu haben. Es hat einer Aussetzung der Beitrittsverhandlungen zugestimmt. Die Kommission attestiert der Türkei ein mangelhaftes Zeugnis bezüglich der Beitrittskriterien.

Antizipieren wir die derzeitige Lage in der Türkei, also schauen wir voraus: ein zu 99 % islamischer Staat, der in einigen Jahren 90 Millionen und mehr Einwohner haben wird, dessen Staatsführung das Osmanische Reich wiederaufstehen lassen will, ein Staat, der mit fast allen Nachbarn im Clinch liegt, ein Staat, der das eigene Volk terrorisiert, ein Staat, der Glaubensgemeinschaften schwer akzeptieren kann, ein Staat, der alle islamischen Balkanstaaten mit Infrastrukturmaßnahmen inklusive Moscheebau unterwandert und abhängig macht. Meine Damen und Herren, spätestens jetzt könnten Sie Ihre EU-Träume endgültig begraben, und zwar schneller, als Sie Amen – Verzeihung, ich meine natürlich Amin – sagen können.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dann müssten Sie mir erklären, wie die Türkei den Green Deal der EU umsetzt. Diese Frage ist dann offen.

Wir könnten auch Beitrittsverhandlungen mit den Maghreb-Staaten aufnehmen, und warum nicht gleich mit allen Staaten entlang der Seidenstraße?

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Bringen Sie die anderen auf keine Idee! – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

– Da muss ich mich entschuldigen. Vielleicht ist der Gedanke schon manifestiert, und sie denken schon darüber nach.

Die AfD-Landtagsfraktion steht weiterhin dafür, jegliche Beitrittsgespräche sowie Heranführungshilfen für die Türkei einzufrieren,

(Beifall bei der AfD)

die Hermesbürgschaften zu kündigen und Erdogans Agenten sofort auszuweisen, und zwar ohne Wenn und Aber, wider alle Träume von einem osmanischen Großreich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geleon [fraktionslos] – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Abg. Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Unterzeichnung des Vertrags von Rom im Jahr 1957 wurde das Fundament für die Europäische Union, wie sie heute existiert, geschaffen. Schon damals war die primäre Motivation der Gründung die langfristige Sicherung des Friedens. Nach jahrzehntelangem Grauen, ausgelöst durch zwei Weltkriege, die auf europäischem Boden getobt hatten, sehnten sich die Menschen in Europa nach Sicherheit und Stabilität. Seither schreitet die europäische Integration fort und garantiert uns täglich ein friedliches und solidarisches Miteinander sowie anhaltenden wirtschaftlichen Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der AfD: Halleluja!)

Als letztes Land ist Kroatien der EU beigetreten. Das Verfahren für den Beitritt zur EU ist heute klar geregelt. Um der EU beitreten zu können, muss ein Staat die Kopenhagener Kriterien erfüllen, die z. B. institutionelle Stabilität beinhalten. Fällt ein Staat in die Kategorie der EU-Beitrittskandidaten, kann er durch das Instrument für Heranführungshilfe – kurz IPA genannt – bei der Erfüllung genau dieser Kriterien unterstützt werden. IPA umfasst Mittel für die Unterstützung in den Bereichen des Institutionsaufbaus, der Demokratisierung, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der Zivilgesellschaft, der regionalen Entwicklung sowie der Entwicklung des ländlichen Raums. Die Türkei steht seit Oktober 2005 in Beitrittsverhandlungen mit der EU.

Die AfD fordert nun heute in ihrem Antrag die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für den kompletten Abbruch der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei einzusetzen.

(Zuruf von der AfD: Worauf warten Sie denn noch?)

In Anbetracht der sich verschlechternden politischen Lage in der Türkei muss man einige Fakten dazu berücksichtigen. Der Finanzrahmen von 2014 bis 2020 sieht Hilfsmittel – diese

(Josef Frey)

IPA-Hilfsmittel – für alle Beitrittskandidaten in Höhe von insgesamt 11,5 Milliarden € vor. Davon wurden ursprünglich – über die sieben Jahre verteilt – 3,4 Milliarden € für die Türkei bereitgestellt. Diese Mittel wurden jedoch seit 2018 gekürzt, wie es eben auch sein muss,

(Abg. Carola Wolle AfD: Der Antrag ist ja auch von 2017!)

wenn die Bedingungen nicht eingehalten werden. Im Jahr 2020 werden sie sogar um 75 % gekürzt, sodass sich die Mittel in diesem Jahr nur noch auf 168 Millionen € belaufen.

Die verbleibenden Vorbeitrittshilfen fließen heute zum größten Teil in den Bereich „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, aber auch teilweise in ein Programm für den ländlichen Raum in der Türkei.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Angesichts rückschrittlicher Entwicklungen wäre es der falsche Weg, die Türkei außenpolitisch komplett zu isolieren und sie dazu zu bringen, sich vollständig von Europa abzuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Peter Hofelich SPD)

Stattdessen muss die EU in ihrem eigenen Interesse gerade jetzt dafür sorgen, dass in der Türkei Reformprozesse, demokratische Kräfte und die Zivilgesellschaft weiterhin gestärkt werden.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Die EU kann so Einfluss ausüben, damit z. B. gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nicht deshalb abgesetzt werden, weil sie dem Präsidenten gerade nicht passen. Es muss ein kritischer Dialog gefördert werden, und die zur Verfügung stehenden Mittel müssen effektiv genutzt werden, um in der Türkei positive Entwicklungen hervorzurufen.

Der Antrag der AfD, aber auch die Rede von Herrn Sänze sind klar davon motiviert, eine europäische Identität von einer türkischen Identität abzugrenzen –

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

ganz im Sinne der rassistischen Aussage Ihres Parteichefs Gauland,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Der ist nicht mehr Parteichef!)

die türkischstämmige ehemalige Staatsministerin Aydan Özoğuz – ich zitiere – „in Anatolien zu entsorgen“.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

Ihr Antrag setzt auf Ausgrenzung und Konfrontation.

Ein Abbruch der Kommunikation zwischen der EU und der Türkei würde den Frieden in Europa gefährden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wohin Ausgrenzung und Rassismus aber führen, können wir gerade an einem Tag wie heute besonders gut nachvollziehen.

(Oh-Rufe von der AfD)

Deshalb lehnen wir Ihren Beschlussantrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Das war comedyreif, was Sie da erzählt haben! So ein Unsinn! – Weitere Zurufe von der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht jetzt der Kollege Fabian Gramling. – Bitte.

Abg. Fabian Gramling CDU: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum Inhaltlichen komme, möchte ich den Antrag zunächst einmal grundsätzlich beurteilen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach!)

Da beziehe ich mich auf die Drucksache 16/2175 vom 4. Juni 2017, in der die Landesregierung ausführt:

Beide Fragen

– also der Abbruch der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei und die Beendigung der EU-Heranzuführungshilfen für die Türkei –

fallen nach Artikel 32 GG ... in die Zuständigkeit des Bundes und nicht der Länder.

Deshalb habe ich mir natürlich erst einmal die Frage gestellt, was die Debatte hier im Landtag bewirken soll,

(Abg. Anton Baron AfD: Lesen Sie den Beschlusstext!)

ob die AfD nur mit Scheindebatten unsere Arbeit hier im Landtag ausbremsen will oder ob ihr einfach nichts Besseres einfällt.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Es ist aber schön und sinnvoll – das ist Fakt –, wenn man sich hier mit den Dingen beschäftigt, in denen wir, das Land, wirklich auch die Kompetenz und die Zuständigkeit haben.

(Zurufe der Abg. Josef Frey und Daniel Andreas Leide Abal GRÜNE)

Ich komme deshalb zu dem Ergebnis, dass der Antrag – im wahrsten Sinn des Wortes – mangels Kompetenz falsch ist und wir ihn deswegen – aber nicht nur deswegen – ablehnen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Aber wenn wir das Formale einmal beiseitelassen: Ich war sehr erfreut über die Antragsbegründung. In ihr wurde einmal eine gewisse Liebe von Ihnen zur Europäischen Union deutlich,

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

wenn Sie sich Sorgen um die Bewahrung der demokratischen Grundprinzipien machen. Das ist ja einmal ein Erkenntnis-

(Fabian Gramling)

wert. Aber nach der Rede von Herrn Sänze ist leider wieder deutlich geworden, dass hier der Schein getrogen hat und dass mit der heutigen Rede von der AfD dieser Schein – wie zu erwarten war – zunichtegemacht wurde.

(Zuruf von der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf die AfD-Fraktion bitten, die Zahl ihrer Zwischenrufe ein bisschen zu reduzieren, damit wir den Redner hören können.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Er soll einmal lauter sprechen! Man versteht nichts! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Abg. Fabian Gramling CDU: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie mir eine Anmerkung erlauben: Wenn wir in Deutschland nicht nur E-Klassen exportieren möchten, sondern auch unsere Werte, unsere Standards, unsere Normen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

dann brauchen wir die EU, dann brauchen wir auch eine starke EU.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wir hatten gerade eine Debatte zum Brexit. Ich glaube, gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, dass wir eine starke EU haben, dass wir ein starkes Europa haben, dass wir in Europa auch eine einheitliche Stimme haben; denn sonst werden wir zwischen Amerika und China zermahlen. Das kann nicht in unserem Sinn sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Deswegen ist Europa, deswegen ist die EU, glaube ich, so wichtig wie noch nie in dieser Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Stefan Räßle AfD: Was ist mit Föderalismus? – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Aber zurück zur Türkei. Dass die Türkei aktuell nicht beitragswürdig ist, darüber brauchen wir, glaube ich, gar nicht zu diskutieren. In mehreren Bereichen gibt es Stillstand, ja sogar Rückschritte. Ich möchte nur die Situation der Justiz, die Pressefreiheit, aber auch die wirtschaftliche Lage ansprechen. Wir müssen aber im Gespräch bleiben und den Gesprächsfaden aufrechterhalten. Das bedeutet in keiner Weise, dass zukünftig zwingend ein EU-Beitritt des Landes kommen soll.

(Abg. Anton Baron AfD: Das steht so auch nicht in dem Antrag!)

Aber die Verhandlungen und die Heranführungshilfen der EU geben uns die Möglichkeit, Projekte zu unterstützen: zur Stärkung des Rechtsstaats, zur Stärkung der Demokratie und auch zur Stärkung der Zivilgesellschaft in der Türkei.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Was faseln Sie da? – Abg. Anton Baron AfD: Das interessiert die überhaupt nicht! – Weitere Zurufe von der AfD)

Ihr Antrag bewirkt genau das Gegenteil.

Außerdem möchte ich einmal daran erinnern: Wenn in der Welt ein Konflikt aufkommt, dann sind wir in Deutschland immer die allerersten, die den mahnenden Zeigefinger heben, die sagen: „Alle Konfliktparteien bitte an einen Tisch!“ und im Dialog das Problem lösen wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Das ist ein mühsamer Weg, aber ich glaube, diese Bemühungen haben ihren Sinn, haben ihren Zweck, und es ist auch richtig so.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich glaube, dass wir dem Präsidenten Erdogan keinen Gefallen tun dürfen, indem wir den Beitrittsprozess beenden. Denn damit würden wir auch die türkische Zivilgesellschaft fallen lassen. Das wäre ein gefundenes Fressen für ihn, um auf der einen Seite im eigenen Land weiter gegen den Westen zu opportunistieren, und würde auf der anderen Seite die Türkei nur in die Arme von Russland treiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir der Türkei einen Weg aufzeigen, dass wir den Menschen in der Türkei einen Weg aufzeigen,

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat ja richtig gefruchtet!)

wie sie wieder zu einem starken, zu einem zuverlässigen und vor allem wieder zu einem guten Partner der Europäischen Union werden können. Das muss unser Ziel sein.

(Zuruf von der AfD: Warum?)

Dafür brauchen wir mehr Demokratie, dafür brauchen wir mehr Rechtsstaat, und dafür brauchen wir auch eine starke Zivilgesellschaft in der Türkei. Da müssen wir die Hand ausgestreckt lassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich hoffe, dass die Menschen in der Türkei dieses Angebot auch annehmen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Finanziell!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wölflé, bitte. Sie sprechen für die SPD.

Abg. Sabine Wölflé SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Begründung des vorliegenden Antrags aus der Mitte des Jahres 2017 schwingt sich die AfD als Hüter von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf.

Ja, vielleicht erinnern Sie sich einmal selbst daran, wenn Staaten wie Ungarn, Polen oder andere gegen Pressefreiheit agie-

(Sabine Wölfle)

ren, Flüchtlinge dort per Gesetz zu Straftätern gemacht werden

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

oder unliebsame Richter aus dem Amt entfernt werden. Dazu hört man von Ihnen kein Wort.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Hinzu kommt – leider keine Seltenheit bei Ihnen –, dass Sie wieder einmal keine Ahnung vom föderalen Aufbau unseres Staatswesens haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Sie wissen nicht, wer zuständig ist in der EU, im Bund und in den Ländern. Sie haben keine Ahnung davon.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Wir wissen, dass die EU für alles zuständig ist!)

Unter Umständen haben Sie auch wieder einmal nur schlecht beschrieben. Das ist bei Ihnen ja auch Programm, weil Fraktionen Ihrer Partei in anderen Parlamenten ganz ähnliche Anträge geschrieben haben.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Aber solche Feinheiten sind Ihnen ja in der Regel egal. Es geht Ihnen in diesem Antrag um etwas ganz anderes.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Sie wollen sich, um Ihre Fanbases da draußen zu befriedigen, als Retter deutschen Steuergelds darstellen und so ganz nebenbei vor allem die finanzielle Unterstützung der Türkei durch die EU in der Flüchtlingsfrage skandalisieren. Erst jüngst hat Ihr Bundestagsabgeordneter Petr Bystron noch getönt: „Europa endet am Bosphorus.“ Nein, das tut es nicht.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Haben Sie mal den Atlas angeschaut?)

Um das zu verstehen, ist weniger der Blick auf eine einfache – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Wölfle, einen kleinen Moment, bitte.

Wissen Sie, dass Sie von der AfD als antragstellende Fraktion doppelt so viel Redezeit haben wie die anderen?

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Vielleicht würden Sie sich einmal darauf einigen, wer von Ihnen spricht. Ich habe den Eindruck, Herr Abg. Dr. Merz möchte dringend an das Mikrofon.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das nennt man Zwischenruf, Frau Präsidentin!)

Ich bitte jetzt, die Gepflogenheiten zu beachten.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wir sind ein Parlament!)

Sie sind lange genug hier im Parlament. Es ist kein Dialog. Es ist auch nicht beabsichtigt, dass hier dauernd alle hereinrufen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Lesen Sie mal die Geschäftsordnung!)

Das Wort hat jetzt Frau Abg. Wölfle.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, Zurufe sind laut Geschäftsordnung gestattet, und darüber können Sie sich nicht hinwegsetzen! Das ist einfach Fakt!)

– Das ist ja kein Zuruf mehr, was hier läuft, das ist ein permanenter Beschallungsteppich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es! – Abg. Bernd Gögel AfD: Subjektive Einschätzung! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist doch Ihre Interpretation! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Abg. Sabine Wölfle SPD: Darf ich jetzt weiterreden?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf jetzt um Ruhe bitten für Frau Abg. Wölfle, die das Wort hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Abg. Sabine Wölfle SPD: Warum endet Europa nicht am Bosphorus? Um das zu verstehen, ist weniger der Blick auf eine einfache Landkarte vonnöten, sondern schlichtweg die notwendige Betrachtung der Türkei aus globaler Verantwortung heraus vorzunehmen. Es geht nämlich auch darum, dass man einen NATO-Partner wie die Türkei nicht in die falsche Richtung treibt – mit übrigens fatalen Folgen für unsere Sicherheit.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Für uns ist klar: Die Heranführungshilfen, welche Sie ja gern beenden wollen, sind eine gute und wichtige Investition. Wir fördern damit den wirtschaftlichen und politischen Austausch. So können wir vor allem bei demokratischen und proeuropäischen Partnern in der Türkei mit dazu beitragen, dass die notwendigen Veränderungen ermöglicht werden können, auch wenn es aktuell schwierig ist und der EU-Beitritt erst einmal in sehr weite Ferne gerückt ist.

Auch ist uns klar, dass die Eintrittskarte nach Europa an Bedingungen geknüpft ist und unsere Grundwerte nicht zur Disposition stehen, gerade auch, weil die von Ihnen, der AfD-Fraktion, so sehr bewunderten Staaten wie Ungarn und Polen genau diese Werte permanent mit Füßen treten.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie brechen dafür das Recht! Ständig!)

In der Stellungnahme zu Ihrem Antrag wird auf einen anstehenden Prüfungsbericht des Europäischen Rechnungshofs hingewiesen, welcher 2018 kommen sollte. Dieser liegt nun vor und ist im Internet einsehbar. Lesen Sie ihn einmal durch. Es ist ein sehr aufschlussreicher Bericht.

(Sabine Wölfe)

Aber besonders wichtig ist die Einleitung in den Empfehlungen des Rechnungshofs. Hier heißt es nämlich:

Die an der Schnittstelle zwischen Europa und dem Nahen Osten gelegene Republik Türkei nimmt seit jeher eine führende Rolle in den internationalen Beziehungen ein. Das Land ist ein bedeutender Partner der EU in den Bereichen Verteidigung, Außenpolitik und Handel.

Die Heranführungshilfen sind also kein Blankoscheck, sondern sollen der Türkei helfen, sich in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Regierungsführung, Landwirtschaft, Infrastruktur und Verkehr weiterzuentwickeln,

(Abg. Anton Baron AfD: Krachend gescheitert!)

zudem noch in den Bereichen Humanressourcen durch Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik.

Nichtsdestotrotz gab und gibt es in der EU unterschiedliche Stimmen, ob man der Türkei wegen der Einmischung in den Syrienkrieg nicht diese Mittel kürzen sollte. Auch die bereitgestellten Mittel für die Flüchtlingshilfen werden da genannt. Die Kommission hat dies aber aus sehr gutem Grund abgelehnt. Man setzt – das ist nach unserer Auffassung auch der richtige Weg – auf Kontinuität, auch bei der umstrittenen Flüchtlingshilfe.

Das mag Ihnen von der AfD nicht passen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist lächerlich! Krachend gescheitert!)

Aber wir als demokratische Parteien – ich meine die von diesem Gang bis dorthin – kämpfen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die SPD bezeichnet sich als rechtsstaatliche Partei!)

nicht nur bei uns, sondern überall auf der Welt. Diese Werte dürfen nicht vor Grenzen und Diktaturen haltmachen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU –
Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat Herr Abg. Dr. Schweickert das Wort für die FDP/DVP.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation im Hinblick auf die Freiheits- und Menschenrechte in der Türkei ist seit dem Putschversuch und den darauffolgenden Repressalien unverändert schlecht. Die folgenden Militärinterventionen in Syrien und in Kurdistan widersprechen den Werten, die die EU prägen. Ich bleibe dabei: Grundlage für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des
Abg. Josef Frey GRÜNE)

Wenn wir uns anschauen, wie sich die Erdogan-Türkei aufstellt, dann müssen wir feststellen, dass das nicht nur auf die Türkei als Landesgebiet Auswirkungen hat, sondern auch auf die außerhalb der Türkei lebenden Türken. Ich hätte mir nicht vorstellen können – das sage ich ganz offen –, als ich 20 Jah-

re alt war und viele Gastarbeiterkinder in der dann zweiten Generation sich für Deutschland entschieden haben, sich hier nicht nur integriert haben, sondern zu einer tragenden Säule unseres Landes geworden sind, dass die nächste Generation so fragil reagiert, wenn Herr Erdogan aus der Türkei mit irgendwelchen Themen kommt, sei es beim Thema Pressefreiheit, sei es, wie DITIB als verlängerter Arm bei uns aufgestellt wird. Das sind Punkte, meine Damen und Herren, die mich zu großer Sorge veranlassen.

Allerdings muss sich die EU auch selbst die Frage stellen, wie wir es denn in der Zukunft mit Beitrittsaspiranten halten wollen. Bitte doch nicht so wie bei der Republik Nordmazedonien, die man eingeladen hatte, aber dann, als sie die Kriterien erfüllt hatte, ihr die Tür ohne Not vor der Nase zugeschlagen hat. Das kann es auch nicht sein.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das war Frankreich!)

Als die Briten den Brexit beschlossen haben und alle in der EU die notwendigen Reformen der eigenen Strukturen und der eigenen Institutionen beschworen haben, ist hinter dieser Hängepartie des Brexits klammheimlich dieses Momentum zur Reform irgendwie verschwunden.

Wir müssen uns schon die Frage stellen: Wie wollen wir, die EU, denn mit Partnerschaften umgehen? Mit welcher Integrationstiefe wollen wir Beitrittswilligen irgendetwas anbieten? Und wie wollen wir – das war ja mal Teil des Juncker-Plans – dann überlegen, in die Zukunft zu gehen?

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begannen im Prinzip schon 1963 mit dem Assoziierungsabkommen, das ja faktisch ein Recht auf den Beitrittsprozess enthielt. 1999 erhielt die Türkei dann den Status des Beitrittskandidaten. Verhandlungen über die einzelnen Kapitel begannen 2005 in einer geradezu euphorischen Stimmung in der Türkei, auch bei uns. Aber, wie gesagt: Man muss sich anschauen, wo wir heute stehen.

Ich glaube, wir müssen uns auch selbstkritisch fragen – da gebe ich den Kolleginnen und Kollegen recht –: Haben wir nicht vielleicht die Chance verpasst, die Türkei näher an uns zu binden, als es dort noch die Bereitschaft zur Festigung einer parlamentarischen Demokratie gab, als die Menschenrechte noch vorhanden waren? Und ein Stück weit – das müssen wir selbstkritisch sagen – haben wir auch da sicherlich die reformwilligen Türken in der Türkei verprellt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt
Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz offen: Ich konnte es mir auch nicht vorstellen, dass ein Land, das sich so erfolgreich zum Westen orientiert hat, unseren Werten zugewandt hat, sich wieder so schnell von diesen entfernen kann. Deswegen müssen wir uns jetzt überlegen, wie wir damit umgehen. Wir können – ich denke, das steht außer Frage – die aktuelle Erdogan-Türkei nicht in die EU aufnehmen. Sie hat sich von den europäischen Werten, die uns ausmachen, weiter denn je entfernt.

Jetzt gibt es mehrere Möglichkeiten, wie man mit der Situation umgeht. Entweder man legt die Verhandlungen weiterhin auf Eis und geht weiter und weiter und weiter, oder man sagt Nein, sendet einmal ein klares Signal und bricht diese Gesprächs-

(Dr. Erik Schweickert)

che ab. Ich denke, die EU braucht hier nicht Stärke zu zeigen. Wenn diese supranationale Institution mit 450 Millionen Einwohnern das machen würde, täte uns das nicht gut. Wir sind kein Trump, wir können mit unseren eigenen Werten und mit unseren eigenen positiven Signalen selbstbewusst auftreten und die Attraktivität unseres Lebens- und Wirtschaftsraums nach außen tragen, gerade auch nach dem Brexit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Türkei unter Erdogan ein klares Signal braucht. Ob es das Richtige ist, die Verhandlungen weiter auf Eis zu legen und uns durchzuwursteln, bezweifle ich; da bin ich nicht ganz bei der CDU. Ich bin schon der Meinung, man sollte sich Gedanken machen, ein klares Signal „So geht es nicht“ zu senden und diese Gespräche abzubrechen. Aber ich kann deshalb auf keinen Fall einem AfD-Antrag zustimmen,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

weil wir nämlich gar keine weitere Perspektive haben. Da zeigt sich nun mal, wie wenig diplomatisches Feingefühl hier im rechten Spektrum des Plenums vorhanden ist.

(Zuruf von der AfD: Ach!)

Denn wenn man einen Gesprächsfaden und sonst keine weitere Perspektive hat, dann bricht man den nicht ohne Not ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Welche Gespräche denn?)

Lassen Sie uns darüber reden, wie wir Beteiligungsformate finden, in die man dann hineinwachsen kann, auch als Lehre aus dem Brexit. Hier hätten die Antragsteller deutlich weiter gehen müssen. Deswegen werden wir, die FDP/DVP, diesem Antrag auf gar keinen Fall zustimmen,

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist ja der Wahnsinn! Das überrascht mich jetzt total! – Unruhe bei der AfD)

sind aber trotzdem der Meinung, dass ein klares Signal in Richtung Türkei endlich auch mal auf der Tagesordnung stehen muss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Der heutige Tagesordnungspunkt ist von enormer Relevanz für unser Land. Selbstverständlich ist der Beitritt der Türkei in die Europäische Union mit allen Mitteln abzulehnen. Den Grundsatz, dass die EU-Außengrenze auch morgen vor der Türkei verläuft, wenigstens solange es keinen „Wüxit“ gibt, sollten wir energisch durchsetzen.

Warum? Wir feiern in wenigen Tagen das zehnjährige Jubiläum der illegalen Griechenlandhilfen, eine Ermächtigung, mit der sich ja auch die Nachfolger des Zentrums gut auskennen. Im Herbst begehen wir das fünfjährige Jubiläum des kollektiven Versagens der Europäischen Union während der Flüchtlingsinvasion. Auch sollten wir die eklatanten Sicherheitsprobleme innerhalb der Europäischen Union während der Terrorwelle in den vergangenen Jahren nicht außer Acht lassen, zu denen wir seitens der Europäischen Union kein Wort gehört haben. Wir sollten die Türkei vor diesem ganzen Desaster schlicht und ergreifend bewahren.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Selbstverständlich gibt es aber auch andere Probleme, die vorgetragen werden können. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt einen despotischen, durch undemokratische Prozesse an die Macht gekommenen, bösartigen, antisemitischen Staatschef, der die Verbreitung des Islams in Europa befürwortet. Aber all das trifft auch auf Frank-Walter Steinmeier zu.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Wir haben bereits genug der Probleme. Alle negativen Eigenschaften, alle religiösen Konflikte, alle Interessen Erdogans, all das haben wir bereits in der EU, in den immer größer werdenden Parallelgesellschaften in Berlin, Duisburg, Stuttgart, Mannheim oder Frankfurt. Wir sollten entschlossen gegen den Beitritt der Türkei in die EU kämpfen, aber dieser Kampf findet nicht in Ankara oder Istanbul statt, sondern in Zuffenhausen, im Hallschlag und in Feuerbach. Und wenn sich ein EU-Beitritt als unvermeidlich herausstellt, könnten wir zumindest mit dem Steuervermeidungsmodell türkischer Dönerladen-Betreiber-Cousins die marode europäische Wirtschaft ein wenig auflockern.

(Abg. Winfried Mack CDU: Beifall!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Rülke, bitte.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit Verlaub, Frau Präsidentin: Der Abgeordnete hat eben unser Staatsoberhaupt als Antisemiten geschmäht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ist er doch!)

Ich glaube nicht, dass das akzeptabel ist.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ach, Herr Rülke!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich habe Ihnen, Herr Abg. Dr. Fiechtner, ehrlich gesagt, nicht ganz aufmerksam zugehört.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zuruf: Protokoll!)

Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie wissen wahrscheinlich, worauf sich Herr Abg. Dr. Rülke bezieht. Würden Sie das wiederholen?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gern! – Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Er bestätigte es doch gerade!)

– Bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, ich wiederhole gern diesen Satz: Selbstverständlich gibt es auch andere Probleme, die vorgetragen werden können. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt einen despotischen, durch undemokratische Prozesse an die Macht gekommenen, bösartigen, antisemitischen Staatschef, der die Verbreitung des Islams in Europa befürwortet. Aber das trifft auch auf Frank-Walter Steinmeier zu.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Zuruf: Herr Räßle klatscht! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Rauswerfen! Rauswerfen! – Abg. Georg Nelius SPD: Der letzte Heuler! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Freie Meinungsäußerung!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Rülke. – Diese Bezeichnung unseres obersten Staatsoberhauptes ist wirklich nicht in Ordnung.

(Abg. Anton Baron AfD: Freie Meinungsäußerung, Frau Präsidentin! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was hat er denn gemacht? Er empfängt Abbas!)

– Entschuldigung, ich diskutiere mit Ihnen nicht darüber, wenn es hier um Stilfragen geht.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, das ist seine Sicht der Dinge! Das muss keiner teilen!)

Das ist ja ganz eindeutig. Vielen Dank. – Man sollte Ihnen also doch aufmerksamer zuhören.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Das ist seine Sicht der Dinge! Das muss niemand teilen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, und jetzt?)

– Ja, das ist ein Ordnungsruf. Das habe ich doch gerade gesagt, oder?

(Abg. Anton Baron AfD: Nein! – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Der zweite heute schon! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist der zweite Ordnungsruf!)

– Ich kann zählen. Danke schön.

Nun darf ich Herrn Minister Wolf für die Regierung ans Redepult bitten.

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt etwas schwer, nach einer insgesamt guten Debatte, aber angesichts der letzten Wortmeldung, in der Rede des Regierungsvertreters sogleich zur Sache zu sprechen.

Ich will für die baden-württembergische Landesregierung, aber, wie ich denke, auch für die ganz große Mehrheit dieses Hohen Hauses zum Ausdruck bringen, dass ich die Würdigung des deutschen Bundespräsidenten als Antisemiten als niederträchtig und der Würde dieses Hauses nicht angemessen erachte.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Man blicke auf die AfD! – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Meine Damen und Herren, die Türkei und der EU-Beitritt – eine unendliche Geschichte, die sicherlich auch schon viel Anlass zur konflikträchtigen Debatte bot.

Fakt ist: Die Türkei hat bereits 1987 einen Beitrittsantrag gestellt, 2005 wurden die Beitrittsverhandlungen daraufhin eröffnet. Es ist kein Geheimnis, dass meine Partei eine Vollmitgliedschaft der Türkei für einen Fehler halten würde und sich seit jeher für eine privilegierte Partnerschaft ausgesprochen hat.

Fakt ist auch: Seit Juni 2018 sind die Beitrittsverhandlungen im Prinzip eingefroren, nachdem die EU-Kommission der Türkei schwere Rückschritte auf dem Weg in die Europäische Union attestierte. Deutlich unterstrichen wurde dies durch den Fortschrittsbericht der EU-Kommission mit Blick auf die Türkei aus dem Jahr 2019. Dort heißt es – ich zitiere –:

Allerdings hat sich die Türkei weiter von der Europäischen Union wegbewegt, vor allem durch Rückschritte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sowie durch die Schwächung des Prinzips der Kontrollen und Gegenkontrollen im politischen System infolge von Verfassungsänderungen.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in diesem Haus sind wir uns einig, dass sich an dieser Situation bis heute – ich füge hinzu: leider – nichts geändert hat.

Nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 wurde in der Türkei der Ausnahmezustand verhängt, der am 18. Juli 2018 offiziell endete. Jedoch hat das türkische Parlament danach ein Gesetz verabschiedet, das viele Elemente der Notstandsregelung beibehält.

Die EU-Kommission und der Europarat sahen und sehen insbesondere die damit verbundenen Einschränkungen der Grundfreiheiten kritisch. Beide Institutionen sehen zudem deutliche Defizite bei der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien, insbesondere – das sage ich auch infolge meiner ganz persönlichen Einschätzung – bei der Unabhängigkeit der Justiz.

Auch bei den wirtschaftlichen Kriterien sieht die Kommission gravierende Rückschritte. Die Erdgasbohrungen der Türkei im östlichen Mittelmeer haben in jüngster Zeit für weiteren Konfliktstoff im Verhältnis zu Griechenland gesorgt.

An dem Stillstand bei den Beitrittsverhandlungen wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Denn die Türkei hat sich sehr weit und immer weiter von den Beitrittskriterien entfernt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Europäische Parlament hat sich am 13. März 2019 schließlich mit seiner Mehrheit dafür ausgesprochen, die Beitrittsverhandlungen offiziell auszusetzen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Weder der Europäische Rat noch die Kommission haben sich dieser Forderung bislang angeschlossen.

Ich will aber deutlich zum Ausdruck bringen: Für mich ist völlig klar, dass es in dieser aktuellen Lage keine weiteren Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD)

(Minister Guido Wolf)

Die Europäische Union kann nur dann gegenüber ihren eigenen Mitgliedsstaaten glaubwürdig bleiben, wenn sie bei den Beitrittsverhandlungen eine klare Haltung hat. Dies gilt insbesondere für die Themen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Aufgrund der bekannten Entwicklungen in der Türkei ist ein Beitritt des Landes zur EU absehbar nicht realistisch, und das muss man auch in dieser Form unmissverständlich zum Ausdruck bringen. Aber eine Abwendung der Türkei von Europa – das ist die andere Facette der Debatte, die wir hier führen – kann ebenso wenig in unserem Interesse sein.

Richten wir also den Blick nach vorn: Die Verhandlungen mit der Türkei führen uns meiner Meinung nach vor Augen, dass die Europäische Union das Thema Erweiterung grundsätzlich betrachten und nach neuen Lösungen suchen sollte. Für Staaten, die auf absehbare Zeit die Beitrittskriterien und gemeinsamen Werte und Standards nicht erreichen, sollte die EU neue Modelle einer engeren Kooperation unterhalb einer Vollmitgliedschaft ins Auge fassen.

Denn trotz aller Schwierigkeiten bei den Beitrittsverhandlungen ist und bleibt auch die Türkei – das ist von Vorrednern angesprochen worden – für uns Europäer ein wichtiger geostrategischer Nachbar. Die Türkei ist für die EU der fünfgrößte Handelspartner. Umgekehrt steht die EU für die Türkei bei Exporten und Importen auf Nummer 1. Die geografische Lage macht die Türkei zu einem wichtigen Gesprächspartner in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Sie hat zudem eine zentrale Rolle als Transitland für Flüchtlinge. Das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen vom März 2016 hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Zahl der illegalen Ankünfte deutlich zu verringern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will aber auch eines zum Ausdruck bringen, weil es mit Blick auf dieses Flüchtlingsabkommen immer wieder eine Rolle spielt: Dieses notwendige und richtige Flüchtlingsabkommen darf auf der anderen Seite auch nicht dazu missbraucht werden, dass die türkische Führung immer wieder versucht, mit dieser Argumentation andere Länder zu erpressen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD)

Auch dieses Signal muss deutlich zum Ausdruck gebracht werden: Wir lassen uns nicht erpressen.

Ein wichtiger Teil des Abkommens sind die Hilfszahlungen der Europäischen Union, die direkt den syrischen Flüchtlingen in der Türkei zugutekommen. So konnten damit z. B. Schulen gebaut oder Säuglinge geimpft werden.

Auch die bisherigen Heranführungshilfen – ein etwas sperriges Wort – der Europäischen Union für die Türkei waren generell sinnvoll. Sie dienen nicht nur der direkten Unterstützung von Regierung und Verwaltung im Hinblick auf einen EU-Beitritt, sondern sie finanzieren auch Projekte zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die Kommission muss aber sicherstellen, dass die Mittel beim richtigen Empfänger ankommen. Sie hat auch Konsequenzen aus den veränderten Umständen in der Türkei gezogen. So wurden die Heranführungsmittel für die Türkei seit 2017 erheblich gekürzt, um auf die gravierenden Rückschritte bei den grundlegenden Beitrittskriterien zu reagieren. Zudem hat die Europäische Kommission die für 2018 bis 2020 bereitgestellten

Mittel folgerichtig auf die Bereiche Zivilgesellschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umgewidmet. 2019 und 2020 werden keine Maßnahmen mehr im Justizwesen finanziert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Türkei bleibt in politischer, geostrategischer und wirtschaftlicher Hinsicht ein Partner, den wir nicht einfach ausblenden sollten. Ich wiederhole: Unter den gegebenen Rahmenbedingungen können Beitrittsverhandlungen nicht stattfinden. Aber in gleicher Weise darf der Gesprächsfaden nicht reißen. Die EU und die Bundesregierung sind trotz aller Schwierigkeiten in der Türkei gut beraten, diesen Gesprächsfaden weiterhin zu nutzen und zu pflegen. Die Gespräche finden auch weiterhin auf höchster politischer Ebene statt. Kanzlerin Merkel war erst am vergangenen Montag zum Gespräch bei Präsident Erdogan.

Es ist richtig, dass auf dieser Ebene nach Lösungen in den schwierigen Beziehungen gesucht wird. Dennoch ist es gut und richtig, wenn auch der Landtag und die Landesregierung die Entwicklung in der Türkei mit wachsamem Auge verfolgen und hier im Plenum demokratisch diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Minister. – Nun hat sich Herr Abg. Sänze noch für die zweite Runde der Aussprache gemeldet.

Abg. Emil Sänze AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich klarstellen: Niemand in der AfD-Fraktion hält den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland für einen Antisemiten. Niemand!

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Allerdings läuft der Herr Bundespräsident Gefahr, mit seiner Akzeptanz der Einwanderung von vielen sogenannten Flüchtlingen diesen deutschen Staat zu überfordern. Wir meinen schon, dass er dieser Bewegung das Wort redet.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Was?)

Jetzt räume ich mal auf mit diesen Schimären. Wer hat denn dieses Europa wie besoffen erweitert? Das waren doch Sie!

(Beifall bei der AfD)

Sie haben doch jeden Staat aufgenommen, der nicht so weit war, auf dem Niveau der Westländer überhaupt agieren zu können. Das waren doch Sie!

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Wenn dann Ungarn das Schengener Abkommen ernst nimmt, dann machen Sie ihm zum Vorwurf, dass es das Recht einhält. Wie perfide ist denn das? Das ist ja unmöglich.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben in diesem Europa hart gekämpft um die Werte, die uns ausmachen. Das war der Laizismus. Wir haben hart ge-

(Emil Sänze)

kämpft für unsere Religionsfreiheiten. Wir haben hart gekämpft für Liberté, Fraternité und Egalité. Dafür haben wir hart gekämpft. Jetzt wollen wir Systeme hier hereinlassen, die in der Lage sind, unser ganzes Konstrukt umzuwerfen? Ist das wirklich Ihre ernsthafte Meinung? Ich glaube nicht. Sie sprechen Ihrem eigenen Unvermögen das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir ließen uns 2015 durch eine unüberlegte Handlung in eine Erpressungssituation führen. Das nutzt Herr Erdogan schamlos aus.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Und wir lassen uns erpressen!)

Dabei verkenne ich nicht, dass die Türkei früher – vor Erdogan – vieles gemacht hat. Sie hat schließlich unser Rechtssystem nahezu im Verhältnis 1 : 1 übernommen. Aber wird das noch angewandt? Nein, wird es nicht. Aber Sie schauen schweigend zu, wie wir jetzt subtil unterwandert werden. Und dann haben Sie sich hier noch eine fünfte Kolonne ins Haus geholt, die schon auf nahezu jeder Ebene der Politik agiert und die Interessen der Einwanderer und deren eigener Kultur wahrnimmt.

Noch in der dritten Generation wird dieser Mensch von Hunderttausenden gefeiert – in Hallen in Nordrhein-Westfalen. Wollen Sie das nicht erkennen? Er hat ein klares Ziel: Er hat das Ziel, neue Macht zu erlangen und die Türkei zu einem osmanischen Großreich zu formen. Das sind die Tatsachen, und

die verkennen Sie. Dieser Mann versteht nur eine Sprache, und das ist die harte Sprache. Das wiederum geht nur über das Geld. Wenn Sie da nicht rangehen, wird die Bundesrepublik Deutschland untergehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/2175. Abschnitt I ist ein Berichtsteil, der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Wir haben dann noch über Abschnitt II des Antrags abzustimmen. Das ist ein Beschlussteil, der zwei Handlungersuchen an die Regierung enthält. Kann ich über diese beiden Ziffern zusammen abstimmen lassen? – Das ist der Fall. Wer also Abschnitt II insgesamt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt, und wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung insgesamt angelangt.

Wir treffen uns am 5. Februar 2020 um 10:00 Uhr wieder.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:41 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der AfD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und bei den Schriftführern

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	–	Rottmann
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	–	Stauch
	stellvertretendes Mitglied	–	Gögel
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Mitglied	–	Dr. Grimmer
	stellvertretendes Mitglied	–	Stein
	stellvertretendes Mitglied	–	Sänze
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied	–	Senger
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	stellvertretendes Mitglied	–	Senger
	stellvertretendes Mitglied	–	Gögel
Ausschuss für Soziales und Integration	stellvertretendes Mitglied	–	Senger
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Mitglied	–	Klos
	stellvertretendes Mitglied	–	Dr. Podeswa
Ausschuss für Verkehr	Mitglied	–	Gögel
	stellvertretendes Mitglied	–	Dr. Grimmer
	stellvertretendes Mitglied	Gögel	Senger
Ausschuss für Europa und Internationales	stellvertretendes Mitglied	–	Gögel
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	–	Stauch
	Schriftführer	Dr. Merz	Dr. Balzer

22.01.2020

Gögel, Baron und Fraktion

Anlage 2

Wahlvorschlag

der Fraktion der AfD

Nachwahl eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat

(Aufgrund des Anpassungsbedarfs bei der Zusammensetzung dieses Gremiums nach den beiden Fraktionsaustritten bei der Fraktion der AfD am 29. November 2019)

Es scheidet aus:

Herr Abg. Stefan Räßle

28.01.2020

Gögel und Fraktion

Anlage 3

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE

Nachwahl eines parlamentarischen Mitglieds in den Oberrheinrat

(Aufgrund des Anpassungsbedarfs bei der Zusammensetzung dieses Gremiums nach den beiden Fraktionsaustritten bei der Fraktion der AfD am 29. November 2019)

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Frau Abg. Dr. Ute Leidig

28.01.2020

Andreas Schwarz und Fraktion

Anlage 4

Wahlvorschlag

der Fraktion der AfD

Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung
(Aufgrund des Anpassungsbedarfs bei der Zusammensetzung dieses Gremiums nach den beiden Fraktionsaustritten bei der Fraktion der AfD am 29. November 2019)

Es scheidet aus:

Herr Abg. Anton Baron

28.01.2020

Gögel und Fraktion

Anlage 5

Wahlvorschlag

der Fraktion der FDP/DVP

Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung
(Aufgrund des Anpassungsbedarfs bei der Zusammensetzung dieses Gremiums nach den beiden Fraktionsaustritten bei der Fraktion der AfD am 29. November 2019)

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Herr Abg. Jochen Haußmann

28.01.2020

Dr. Rülke und Fraktion